

Betriebsräte-Zeitschrift

für Funktionäre der Metallindustrie

Brauchen wir internationale Regelung der Arbeitszeit?

Tony Sender

Kürzlich hat der berühmte schwedische Nationalökonom Professor Gustav Cassel, Stockholm, in der Sozialen Praxis einen Artikel veröffentlicht, der anscheinend von Lübeck aus auch an andere Stellen verschickt worden ist, der in der sozialpolitischen Welt einigermaßen Aufsehen erregte und in der Debatte der kommenden Monate vielleicht noch eine Rolle spielen wird. Professor Cassel erfreut sich in der wissenschaftlichen Welt eines Ansehens und wird besonders in Deutschland geachtet wegen seiner objektiven Stellungnahme zur Reparationsfrage zu einer Zeit, da man in der Siegerwelt noch weit entfernt von allen Erwägungen der Vernunft war. Um so mehr muß der Artikel dieses Gelehrten Befremden erwecken, den er unter dem Titel „Die internationale Regelung der Arbeitszeit“ publiziert.

Am meisten überrascht die wahrhaft erstaunliche Oberflächlichkeit, mit der Herr Professor Cassel das ganze Problem behandelt. Er beginnt damit zu behaupten, daß die Internationalität des Arbeiterschutzes in der sozialpolitischen Welt jetzt letzte Mode geworden sei! Die „berufsmäßigen Produzenten von Sozialpolitik“ strebten natürlich danach, ihre Muster gleichmäßig in der ganzen Welt angewandt zu sehen. Gestützt würden diese Kreise durch die Vorstellung, daß ein hoher sozialpolitischer Standard unmöglich gemacht würde durch die Konkurrenz von Ländern mit niedrigerem sozialpolitischem Standard. Nun sei aber die Frage aufzuwerfen, ob es überhaupt vernünftig sei, zu versuchen, alle Völker für einen gleichen Arbeitstag zu gewinnen. Nach Professor Cassels Auffassung komme es auf den **Arbeitstakt** an, und der ist nach seiner — allerdings in keiner Weise von ihm belegten — Auffassung am raschesten in Amerika, danach rangiere England, während angeblich dem deutschen Arbeiter ein etwas langsamerer Takt liege, weswegen für ihn ein etwas längerer Arbeitstag geeigneter wäre. Die Arbeitszeit habe für jedes Volk ein wirtschaftliches Optimum.

In der Konkurrenz zwischen zwei Ländern müsse keineswegs dasjenige unterliegen, das die enger begrenzte Arbeitszeit habe; das sei nicht der Fall, wenn der kürzere Arbeitstag dem Arbeitszeitoptimum dieses Volkes am besten entspreche. Aber abgesehen davon sei zu beachten, daß die günstigste Arbeitszeit in den verschiedenen Berufen sehr verschieden sei und die Ungleichheit der Arbeitszeit daher in der freien Konkurrenz zu einer Spezialisierung in der Beschäftigung des Volkes führe, so daß das eine Volk sich mit Produktionszweigen befasse, in denen der Achtstundentag günstiger, während das andere Volk zu jenen Industriezweigen neige, in denen etwa der Neunstundentag günstiger sei. So komme man zu einer internationalen Arbeitsteilung.

Daran aber schließt er die kühne Behauptung, daß ein Volk davon doch nur Vorteil habe, wenn ein anderes Volk mehr arbeite, so daß beispielsweise die schwedischen Arbeiter Vorteil davon hätten, wenn die deutschen Kohlengrubenarbeiter ihre Produktion steigerten. Ebenso seien die Arbeiter der Industrieländer daran interessiert, daß die Leute in den eigentlichen Agrarländern durch einen längeren Arbeitstag die Produktion erhöhen, die zur Verfügung der Industrieländer gestellt werden kann. Zum Schluß aber stellt Professor Cassel das Bestreben auf internationale Regelung der Arbeitszeit der Tendenz der Trusts und Kartelle gleich, die Konkurrenz auszuschalten und Produktionseinschränkungen auf allen Gebieten vorzunehmen.

Dies das Wesentliche der von Professor Cassel vertretenen Auffassung. Wer sich eingehender mit dem ganzen durch das Problem der Regelung der Arbeitszeit aufgeworfenen Fragenkomplex befaßt hat, wird erstaunt sein, wie völlig hier ein Gelehrter die wichtigsten Komponenten dieses Komplexes außer acht läßt. Kennzeichnend für die ganze Behandlung ist schon die Einleitung, die dahin geht, die Bewegung um den Achtstundentag als eine „letzte Mode“ hinzustellen. Als brauche ein Gelehrter keinerlei Notiz davon zu nehmen, daß seit vielen Jahrzehnten sowohl von der internationalen Arbeiterschaft, wie auch von der sozialpolitischen Welt ein mühevoller und mit sehr ernststen Forschungsergebnissen belegter Kampf um diese soziale Forderung geführt wurde.

Gerade diejenigen Kreise aber waren es auch, die dem von den Unternehmern vorgeschobenen Einwand zu begegnen hatten, es sei eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht möglich, solange in Konkurrenzländern noch länger gearbeitet werden dürfe. Man wird sich erinnern, daß seinerzeit selbst bei Bildung der berüchtigten Arbeitsgemeinschaft in Deutschland die Unternehmer das Zugeständnis des Achtstundentags mit der Einschränkung beschwerten, daß er nur aufrechterhalten werden könne, wenn auch die konkurrierenden Staaten ihn einführen würden. Und damit operieren sie ja noch heute: Aus diesem Grunde wurden ja einige Ratifizierungen des Washingtoner Abkommens von den Parlamenten nur unter der Bedingung vorgenommen, daß auch die benachbarten hauptsächlich Konkurrenzstaaten zur Ratifizierung schreiten. Gerade Sozialpolitiker und Arbeiterschaft aber waren es, die gegenüber diesem Unternehmerargument nachwiesen, daß die konkurrenzfähigsten Länder keineswegs diejenigen mit schlechten Arbeitsbedingungen sind, sondern gerade diejenigen mit einem weitgehenden Arbeitsschutz.

Wie aber kommt Professor Cassel zu seiner „wissenschaftlichen Feststellung“, daß jedes Volk seinen bestimmten „Arbeitsstak“ habe, der gewissermaßen etwas Feststehendes sei und darum auch die Verschiedenheit in der Festsetzung der Arbeitszeit rechtfertige? Er geht dabei völlig an den wertvollen Forschungsarbeiten der modernen Wissenschaft vorbei, nimmt vor allen Dingen keinerlei Notiz von der erwiesenen Tatsache, daß eine bestimmte Summe von Energie dem arbeitenden Menschen zur Verfügung steht, die täglich oder in bestimmten Zeiträumen verausgabt werden kann, um dann durch Ruhe, Erholung und Schlaf wiederhergestellt zu werden. So daß festgestellt werden konnte, daß bei kürzerer Arbeitszeit eine größere Intensität der Arbeitsleistung wahrzunehmen war, während längere Arbeitszeit keineswegs stets identisch ist mit vermehrtem Arbeitsergebnis. Professor Cassel aber

setzt sich über all dies hinweg und setzt ohne weiteres lange Arbeitszeit mit vermehrtem Arbeitsprodukt gleich. Denn sonst könnte er ja nicht behaupten, daß „ein einzelner Arbeiter stets Nutzen davon hat, daß die Arbeiter in anderer Branchen fleißiger sind und mehr arbeiten“!

Es ist aber, auf die Dauer gesehen, gar nicht möglich, daß im selben Lande in einem Wirtschaftszweig sehr viel längere Arbeitszeit gelten kann, als in anderen. Denn zweifelsohne würden diese Beschäftigungszweige ihre Anziehungskraft verlieren und dadurch eine Abwanderung von Arbeitern nach anderen Berufszweigen stattfinden, in denen kürzere Arbeitszeit gefordert wird; diesem Mangel an Arbeitskräften aber müßte schließlich begegnet werden dadurch, daß auch diese Industrie ihre Beschäftigungsbedingungen denjenigen anderer, günstiger arbeitender Wirtschaftszweige anpaßt. Im übrigen aber lehren die Erfahrungen, die gerade Männer der Praxis wie Professor Abbé, Bosch u. a. gemacht haben, daß es rationeller auch für den tüchtigen Unternehmer ist, nicht das Maximum, sondern das Optimum arbeiten zu lassen, und dieses letztere bewegte sich auf Grund dieser Erfahrungen nahe um den Achtstundentag herum.

Ebensowenig durch die Praxis belegt aber ist die Übertragung auf das internationale Gebiet. Weder findet eine internationale Arbeitsteilung nach dem Prinzip statt, daß jedes Land jene Produktionszweige bevorzuge, in denen die bei ihm übliche Arbeitszeit die günstigste ist, noch aber hat ein Volk Vorteil davon, wenn in einem Nachbarvolk, von dem es Güter zu beziehen hat, mehr, das heißt länger gearbeitet wird. Nie war in der Welt stärker als in den Nachkriegsjahren das Streben nach Autarkie obwaltend, das heißt der Wille, möglichst alle benötigten Produkte im eigenen Lande selbst zu erzeugen, zu welchem Zwecke ja in vielen Staaten die Mauer des Hochschutzzolles immer höher gezogen worden ist. Das gilt sowohl für die europäischen Staaten wie für die außereuropäischen. Und zwar ohne jede Rücksicht auf die natürlichen Bedingungen oder etwa in Anpassung an das Arbeitstempo. Es dürfte aber einem tüchtigen Nationalökonom wie Professor Cassel auch nicht entgangen sein, daß ja gerade die gegenwärtige große Wirtschaftskrise mit darauf zurückzuführen ist, daß die in ruhiger Entwicklung gewordene internationale Arbeitsteilung durch die treibhausartige Entwicklung des letzten Jahrzehnts völlig gestört worden ist, daß insbesondere im fernen Osten und auch in Australien neue Industrien erst aufgebaut wurden, zum Teil allerdings auf der Grundlage elender Arbeitsbedingungen, keineswegs jedoch unter dem Gesichtspunkt der besonderen Bedingungen des Landes oder etwa des ihm eigenen Arbeitstempos. Auch wird keiner der Verfechter der Verkürzung der Arbeitszeit behaupten wollen, daß etwa diese Länder mit schlechten Arbeitsbedingungen im Wettbewerb konkurrenzfähiger seien, als diejenigen mit vorgeschrittener Sozialpolitik, so daß in keiner Weise erwiesen werden kann, worin das Interesse der Arbeiter einer Nation bestehen sollte, daß die Arbeiter eines anderen Volkes länger arbeiten. Denn wenn Professor Cassel folgert, daß in einem solchen Falle sie doch mehr von den Produkten der anderen bekommen können, so geht er nicht nur über die Tatsache hinweg, daß lange Arbeitszeit nicht identisch zu sein braucht mit vermehrter Produktion, sondern er läßt auch völlig außer acht das Gesetz der kapitalistischen Wirtschaft; das Gesetz, das als Antrieb zur Produktion

nicht möglichst reichliche Bedarfsdeckung, sondern die bestmögliche Gewinn-
erzielung setzt. Im Interesse eines möglichst hohen Profits aber erscheint es
dem kapitalistischen Unternehmer sehr oft gelegen, die Produktion auf einer
gewissen Höhe einzuschränken, um nicht durch zu reichliches Angebot einen
Druck auf die Preise zu bewirken. So einfach, wie Professor Cassel deduziert,
liegen die Dinge keineswegs — ganz abgesehen davon, daß er auch andere
Komponenten ganz unberücksichtigt läßt, wie beispielsweise die Frage, ob
denn der auf das Produkt entfallende Lohn in jedem Falle bei längerer
Arbeitszeit geringer sein muß. Ebenso wenig nimmt er Rücksicht auf die von
den sozialpolitischen Wissenschaftlern seit Jahrzehnten hervorgehobene Tat-
sache, daß verbesserte Arbeitsbedingungen den stärksten Impuls zur Verboll-
kommnung der Technik und auf diesem Wege auch zur Verbilligung der
Produktion gegeben haben, so daß das Fehlen dieses Impulses bei langer
Arbeitszeit gleichbedeutend sein kann mit der Aufrechterhaltung einer rück-
ständigen Technik. Daraus aber ist zu folgern, daß die Gesamtleistung bei
achtstündigem Arbeitstag und vorgeschrittener Technik bedeutend höher sein
kann, als diejenige eines zehnstündigen Arbeitstages an einer rückständigen
Apparatur.

In Wirklichkeit aber bedeutet das Interesse an langer Arbeitszeit das
Streben zu geringerer Entlohnung. Schlechte Entlohnung aber bedeutet ver-
minderte Massenkauflkraft, das heißt der zu deckende Bedarf wird geringer.
Eine wahrhaft fortschrittliche Betriebsausstattung aber muß sich auch einen
möglichst breiten Absatz schaffen, weil nur so der moderne Betrieb rentabel
arbeiten kann. Es ist aber bisher aus der Geschichte der Industrieländer noch
kein Fall bekannt geworden, wo die Einführung moderner Technik daran
gescheitert wäre, daß das „Arbeitstempo“ der Proletarier dieses Landes un-
möglich dem Tempo des modernen Arbeitsprozesses anzupassen gewesen wäre.
Ebenso wenig wie Herr Professor Cassel auch nur den Versuch unternimmt
nachzuweisen, daß das Arbeitstempo des deutschen Arbeiters tatsächlich lang-
samer ist, als das seines englischen und amerikanischen Kollegen.

Nicht minder an der Oberfläche haftet der Vergleich der internationalen
Sozialpolitik mit dem Bestreben nach internationaler Einschränkung der
Produktion. Beide sind in Wesen und Ziel völlig voneinander verschieden.
Genau wie gemäß unseren obigen Ausführungen schon im nationalen
Rahmen das Kapital trachtet, den höchstmöglichen Profit eventuell auch
unter Einschränkung der Produktion und Niederhaltung des Angebots zu
erzielen (so daß verlängerte Arbeitszeit sehr häufig anzutreffen ist mit hoher
Erwerbslosenziffer), so hat auch die internationale Kartellierung der Pro-
duktion den Sinn, auf dem Weltmarkt eine gewisse Niederhaltung des An-
gebots und Hochhaltung der Preise zu erreichen. Ganz anders die inter-
nationale Regelung der Arbeitszeit. Nicht Einschränkung der Produktion ist
ihr Ziel, sondern im Gegenteil ist sie stärkster Hebel zur Modernisierung der
ganzen Wirtschaft, zur Anpassung an modernste Produktionsbedingungen
auch von Seiten der noch rückständigen Staaten und dadurch überhaupt erst
Voraussetzung zu einer wirklich rationellen großzügigen Produktions-
erweiterung.

Freilich hat sie auch noch im Gegensatz zur industriellen Kartellierung
ein für die menschliche Gesellschaft nicht unwichtiges Ziel: nämlich den **Schutz**

des Menschen. Und von diesem ist merkwürdigerweise in den Darlegungen des schwedischen Nationalökonomien mit keiner Silbe die Rede. Uns aber will bedünken, daß das Ziel menschlicher Arbeit nicht ganz im abstrakten Sinne lediglich möglichst Häufung erzeugter Güter ist, sondern daß der Sinn der Arbeit ist, dem Menschen diejenige Bedürfnisbefriedigung zu gestatten, die ihm physische und psychische Voraussetzungen für ein Streben zu höherer Kultur schafft. Sollte nicht auch die Nationalökonomie über diesen Sinn menschlichen Schaffens nachzudenken Anlaß haben?

Die achte internationale Arbeitskonferenz

Eduard Wederle (Amsterdam)

In Genf herrschte in den vergangenen Wochen eine große Betriebsamkeit. Hintereinander fanden zwei internationale Arbeitskonferenzen statt, unterbrochen nur durch einen Tag, der für die feierliche Einweihung des neuen Gebäudes vorbehalten blieb, in dem nun der Direktor Albert Thomas mit seinem großen Stab amtieren soll.

Es wurde in diesen Tagen viel über die hohen sozialpolitischen Aufgaben gesprochen. Allein die Einweihung des neuen Verwaltungsgebäudes war von 22 in den verschiedensten Zungen vorgetragenen Reden begleitet. Von Deutschland und Frankreich waren die Arbeitsminister sogar persönlich erschienen und selbst Mussolini hatte sich bemüht, durch ein eigenhändig aufgegebenes Telegramm sein hohes Interesse für dieses Ereignis zu bekunden. Zu einer gleichen Tat hatte sich nur noch der Ministerpräsident Japans aufgerafft, aber während dieser sich darauf beschränkte, die internationale Arbeitsorganisation der Ergebenheit seines Landes zu versichern, feierte Mussolini die Einweihung des Gebäudes als eine „Festigung des Friedens und des sozialen Fortschritts“ und gelobte „seine heiße Sympathie“ mit dem Werk von Genf. Aber auch die erschienenen Regierungsdelegierten ließen es nicht bei Bescheidenheiten bewenden. Jeder pries in Worten des Überschwangs die Ideale, die sich die internationale Arbeitsorganisation zum Ziele gesetzt habe, und keiner vergaß auch, mit rühmenden Worten der sozialen Schutzgesetzgebung seiner Regierung zu gedenken. Es schien, als wären die beamteten Sozialpolitiker der ganzen Welt zu einem Rededuell zusammengekommen mit dem Auftrag, für ihr Land den Ruhm zu sichern, daß es die fortschrittlichste Sozialgesetzgebung besitze.

Die achte internationale Arbeitskonferenz, die den 22 Reden unmittelbar vorausgegangen war, hinterließ indessen keinen so optimistischen Eindruck. Schon der Bericht, den Albert Thomas vorlegte, klang wenig ermutigend, denn seit der letzten Arbeitskonferenz hatte sich die Zahl ratifizierter Konventionen nur spärlich vermehrt. Insgesamt waren bis zur Fertigstellung des Tätigkeitsberichts nur 194 Ratifikationen registriert, während sich deren Zahl auf annähernd 900 hätte belaufen müssen. Aber auch wenn man, wie Thomas in seiner Erwiderung auf die Debatte zum Tätigkeitsbericht sagte, die Zahl der wirklichen Wert besitzenden Ratifikationen nur auf 600 ansetzt, bleibt noch immer stärkster Pessimismus hinsichtlich der praktischen Resultate der auf Grund der Friedensverträge geschaffenen internationalen Arbeitsorgani-

sation am Platze, da gerade die Ratifikation der für die Arbeiterschaft **wichtigsten** internationalen Konventionen so gut wie keine Fortschritte in der letzten Zeit gemacht hat.

Das gilt ganz besonders von der **Washingtoner Konvention über den Achtstundentag**. Sie ist die wichtigste und — wie Thomas selbst wiederholt erklärt hat — die für das fernere Schicksal der internationalen Arbeitsorganisation entscheidende. An ihr prüft der Arbeiter, wie weit die internationale Arbeitsorganisation die bei ihrer Gründung seitens der Regierungen erfolgten Versprechungen erfüllt und ob und welche Erwartungen er mit dieser Institution verbinden darf. Bleibt diese Konvention lediglich Papier, dann muß die Überzeugung Platz greifen, daß diese ebenso wie die Schaffung der internationalen Arbeitsorganisation nur eine Verlegenheitsgeste der Regierungen und eine bewußte Täuschung der Arbeiterschaft war.

Wie aber steht es nun um die Ratifizierung der Washingtoner Konvention? Im ganzen haben nur zwei Länder bedingungslos ratifiziert, und zwar die Tschechoslowakei und Chile. Eine Reihe anderer Länder, wie Bulgarien, Griechenland, Lettland, Italien und Rumänien, haben bei der Ratifizierung Vorbehalte gemacht, durch die die Ratifikation selber jedes praktischen Wertes beraubt wird. Aber die meisten Länder — und darunter die wichtigsten europäischen Industriestaaten — haben überhaupt nicht ratifiziert, obwohl nach den Bestimmungen der internationalen Arbeitsorganisation die Ratifikation **bereits seit fünf Jahren hätte erfolgt sein müssen**.

Unter diesen Umständen mußte wohl erwartet werden, daß diejenigen Delegierten, die wirklich für den sozialen Fortschritt eintreten, auf der achten Arbeitskonferenz eine gewisse Ungehaltenheit nicht verbergen konnten. Auf allen Konferenzen der letzten Jahre hatten namentlich die Arbeiterdelegierten die Regierungen der Nichteinhaltung eingegangener Verpflichtungen beschuldigt und auf endliche Ratifikation der Achtstundentagkonvention gedrungen, aber alles Reden und Protestieren hatte sich als vergeblich erwiesen. Immer wieder erhoben die Regierungen Einwände und verwiesen auf angebliche Schwierigkeiten, die sich der Durchführung der Washingtoner Konvention entgegenstellten. Insbesondere machten sie geltend, daß der Washingtoner Text verschiedene Auslegungsmöglichkeiten zulasse und daß erst die Gewähr für eine einheitliche Interpretation unter den hauptsächlichsten Industriestaaten gegeben sein müsse. Ist es nun schon merkwürdig, daß diese angeblichen Mängel des Washingtoner Textes von den Regierungen erst entdeckt wurden, als die Ratifikation bereits fällig war, so mutet es nicht minder eigenartig an, daß erst im März dieses Jahres seitens der interessierten Regierungen ernsthafteste Schritte getan wurden, um die verschiedenen Auffassungen zu sondieren. Aber das allein war offenbar nicht der Sinn und Zweck dieser in London zwischen den Arbeitsministern von Belgien, Deutschland, England, Frankreich und Italien stattgefundenen Aussprache, denn die dort zustande gekommene „Vereinbarung“ geht weit über den Rahmen einer gemeinsamen Interpretation hinaus und stellt genau besehen eine **Änderung wesentlicher Bestimmungen der Washingtoner Konvention zum Nachteil der Arbeiterschaft** dar. Auch in Genf konnte man sich dieses Eindrucks nicht ganz erwehren, aber man drückte ein Auge zu in der Hoffnung, nur endlich die Ratifikationen in Kluk zu bringen. Doch auch diese Hoffnung

wurde getäuscht. Bis zur achten internationalen Arbeitskonferenz hatte keine einzige der in London vertretenen ehemaligen Regierungen Anstalten gemacht, die Achtstundentagkonvention zu ratifizieren. Sollte sich das alte Spiel nun wiederholen und sollten auch die Arbeiterproteste auf dieser Konferenz wieder ungehört und unbeachtet verklingen? Und konnten es die Arbeitervertreter noch länger allein bei formellen Protesten belassen?

Man muß sich erinnern, daß schon auf dem 1920 in London stattgefundenen außerordentlichen internationalen Gewerkschaftskongreß nachdrücklich gegen die Verschleppungstaktik der Regierungen Protest erhoben und „die unverfüzte Anerkennung und Durchführung der Washingtoner Beschlüsse“ gefordert worden ist und daß der Schlußpassus der dort zur Frage des Achtstundentags angenommenen Resolution wörtlich wie folgt lautet:

„Der internationale Gewerkschaftskongreß erklärt, daß er eine weitere Unterstützung der Bestrebungen des Internationalen Arbeitsamtes seitens der Gewerkschaftsbewegung ablehnt, wenn die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse innerhalb der festgesetzten Frist nicht erfolgt ist.“

Im Augenblick, da die achte internationale Konferenz in Genf zusammentrat, waren nun genau fünf Jahre seit dem festgesetzten Ratifikationstermin verstrichen. Immer wieder hatten die Gewerkschaftsdelegierten zur internationalen Arbeitsorganisation unter stillschweigender Gutheißung des Internationalen Gewerkschaftsbundes gezögert, den Londoner Beschluß zu verwirklichen. Aber war eine solche duldsame Haltung nun noch weiter angängig?

Der zum Konferenzvorsitzenden gewählte holländische Regierungsdelegierte **Rolens** gab sich offenbar Rechenhaft darüber, daß die Unzufriedenheit unter den Arbeiterdelegierten aufs äußerste gesteigert war und daß es wegen der ausgebliebenen Ratifikationen zu scharfen Zuspitzungen kommen würde. Darum schlug er gleich in seiner Eröffnungsrede einen die Arbeitervertreter etwas zur Versöhnung stimmenden Ton an und gab nicht die bei solchen Anlässen geübten allgemeinen Redensarten zum besten, sondern legte den Finger selbst auf die wunde Stelle der internationalen Arbeitsorganisation, indem er die Haltung der Regierungen einer ebenso freimütigen wie scharfen Kritik unterzog und zugleich die Frage aufwarf, ob es sich nicht als notwendig erweise, die Verpflichtungen der Regierungen gegenüber dem Internationalen Arbeitsamt besser festzulegen.

Damit hatte Rolens die Atmosphäre von vornherein entspannt, denn was auch die Arbeitervertreter nun noch sagen und klagen mochten — sie konnten bestenfalls nur die vom Vorsitzenden gefällte Kritik erhärten und präzisieren. Immerhin machte eine von **Jouhaux**, dem Vizevorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, gehaltene Rede sichtbaren Eindruck. Er sagte unter anderm:

„Wenn die Unterschriften unter den Friedensverträgen irgend einen Wert besitzen sollen, dann müssen die Regierungen die Verpflichtungen ausführen. Geschieht das nicht, dann wären die Arbeiter gezwungen, zu ihren früheren Praktiken zurückzukehren. Mag sein, daß sie durch Beseitigung dieses Weges keine besseren Ergebnisse erzielen, aber sie könnten zumindest die volle Handlungsfreiheit in Anspruch nehmen.“

Die kategorische Forderung der Arbeiterdelegierten, daß sich die Regierungsvertreter über ihre Absichten betr. die Washingtoner Konvention äußern, wurde nur von wenigen befolgt und diese erklärten sich zumeist sehr

zurückhaltend. Eine Ausnahme bildete nur der Regierungsvertreter **Belgiens**. Dieser stellte die Ratifizierung der Washingtoner Beschlüsse in unmittelbare Aussicht und tatsächlich konnte der belgische Kultusminister **Camille Huysmans**, der wenige Tage darauf zur Einweihung des neuen Genfer Verwaltungsgebäudes erschien, die Ratifikation in aller Form bestätigen.

Die deutsche Regierung war durch Dr. Feig vertreten. Er teilte mit, daß die deutsche Regierung bereits vor der Londoner Konferenz einen Gesetzentwurf fertiggestellt hatte, in dem die Arbeitszeit geregelt wird. Auf Grund der Londoner Konferenzergebnisse sei der ursprüngliche Text geändert worden und über die neue Fassung des Gesetzentwurfs schwebten zurzeit Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Bundesstaaten. Feig erklärte, daß der Gesetzentwurf im Laufe des Sommers dem Parlament unterbreitet werde und daß dessen Annahme die deutsche Regierung instand setzen würde, mit der Washingtoner Konvention auch noch eine Reihe anderer Konventionen zu ratifizieren. **Die Ratifizierung würde aber nur mit dem Vorbehalt gemacht, daß auch andere hauptsächlich Industrieländer zur Ratifikation übergehen.**

Die stärkste ablehnende Haltung nahm der englische Regierungsdelegierte ein. Er sprach zwar sehr viel über den moralischen Wert der Washingtoner Konvention, aber verschloß auch die leiseste Aussicht auf eine Ratifikation seitens seiner Regierung.

Die Arbeitergruppe brachte schließlich durch Mertens, einen der drei Vizevorsitzenden des Internationalen Gewerkschaftsbundes, folgende Resolution ein:

Die Konferenz heizt jede Bemühung, die die Sicherung der Ratifikation der Konventionen der internationalen Arbeitskonferenzen bezweckt, gut und nimmt Kenntnis von der Vereinbarung, zu der die Regierungskonferenz von London hinsichtlich der Ratifikation der Achtstundentagkonvention gekommen ist. Sie sieht in dieser Vereinbarung einen Schritt nach vorwärts.

Die Konferenz beabsichtigt nicht, eine Meinung über die Londoner Interpretation der Washingtoner Konvention auszusprechen, sondern wünscht im Hinblick auf frühere Erklärungen der in London vertreten gewesenen Regierungen allein daran zu erinnern, daß für diese kein Einwand gegen die Ratifikation mehr besteht. Infolgedessen wird der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes um Fortsetzung seiner Bemühungen ersucht, von den Ländern, die die Londoner Vereinbarung unterzeichnet haben, in möglichst kurzer Zeit die Ratifikation der Washingtoner Achtstundentagkonvention zu erlangen.

Die Resolution wurde mit 64 gegen 21 Stimmen angenommen.

Diese Aussprache über den Tätigkeitsbericht des Internationalen Arbeitsamtes war eigentlich der wichtigste Teil der achten Arbeitskonferenz. Außer der Entgegennahme dieses Berichtes stand nur ein einziger Punkt auf der Tagesordnung: der Entwurf einer Konvention über die Aufsicht der Auswanderer an Bord. Auch die Erledigung dieses Punktes ging nicht ganz glatt von statten, da die Reeder die Zuständigkeit des Internationalen Arbeitsamtes für die Behandlung solcher Fragen bestritten. Die Konvention wurde schließlich gerade mit der vorgeschriebenen Stimmenmehrheit angenommen, nachdem die einzigen beiden Bestimmungen, die den Reedern über die gegenwärtig in den meisten Ländern vorgeschriebenen Maßnahmen hinausgehende Verpflichtungen auferlegten, gestrichen bzw. in eine unverbindliche Empfehlung umgewandelt worden waren.

Im übrigen verdient noch ein von englischer Regierungsseite eingebrachter und nach ausführlichen Besprechungen angenommener Antrag Beachtung, der eine Kontrolle hinsichtlich der Ausführung ratifizierter Konventionen in den verschiedenen Ländern vorsieht. Bisher bestand lediglich die Vorschrift, daß die Regierungen alljährlich an das Internationale Arbeitsamt zu berichten hatten. Angeblich verfolgte der englische Antrag die Absicht, Erfahrungen über den praktischen Wert der internationalen Konventionen zu sammeln, aber entscheidend dürfte der Wunsch gewesen sein, den zahlreichen Regierungen, die sich bisher auf viele Ratifikationen berufen konnten, aber die Konventionen nicht oder nur auf dem Papier durchführten, das Ratifizieren in Zukunft zu erschweren. Die Haltung der Regierungsdelegierten gegenüber dem englischen Antrag war denn auch sehr uneinheitlich. Argentinien, Brasilien, Chile, Cuba, Spanien, Ungarn, Italien, Polen, Rumänien, Jugoslawien und Uruguay, auf die zusammen etwa ein Drittel der beim Internationalen Arbeitsamt registrierten Konventionen entfällt, stimmten bezeichnenderweise dagegen.

Die Exportkrise Großbritanniens

Bruno Widera (Gleiwitz)

In welchem Maße Gesamteuropa durch den Krieg wirtschaftlich geschwächt wurde, zeigt seine Anteilnahme an der Weltwirtschaft der Nachkriegszeit im Vergleich zur Vorkriegszeit. Alle Länder und deren Regierungen sind nun eifrig bemüht, Mittel und Wege zu finden, um die wirtschaftlichen Vorkriegskräfte wiederzuerlangen. So ist in England von der Arbeiterregierung das „Committee on Industry and Trade“ mit Balfour an der Spitze eingesetzt worden, um „die gegenwärtige Lage des britischen Handels und die Möglichkeiten einer solchen Beteiligung Britanniens an den Weltmärkten festzustellen, die eine ununterbrochene Beschäftigung und einen zufriedenstellenden Lebensstandard der Bevölkerung des Landes sichern würde“.

Nach dem Bericht dieses Untersuchungsausschusses (den Dr. Andreas Predöhl im Weltwirtschaftlichen Archiv Januar 1926 von weltwirtschaftlichen Gesichtspunkten aus eingehend erörtert), liegen folgende Verhältnisse vor: 1. Großbritannien ist an dem Rückgang des europäischen Exportes im Wellexport beteiligt; 2. in dreierlei Ursachen bestehen die Schwierigkeiten des britischen Exports: verringerte Kaufkraft der Absatzländer, Entstehung von Industrien in den Absatzländern, Verdrängung britischer Importe durch Importe der anderen alten Industrieländer. Die verringerte Kaufkraft hat ihre entscheidende Bedeutung für den Wellexport und den britischen im besondern gehabt und ist stetig im Abnehmen begriffen. Die Verdrängung britischer Einfuhr durch Produkte neuentstandener Industrien in den Absatzländern ist ein dauernder Faktor für die Beeinträchtigung der britischen Ausfuhr. Dieser Ursache wird von dem Untersuchungsausschuß die allergrößte Bedeutung für die britische Wirtschaft beigemessen. Inwieweit der britische Export durch den Wettbewerb der alten Industrieländer beeinträchtigt wird, kann schließlich auch als vorübergehende Erscheinung gewertet werden.

Der Bericht entwirft zunächst ein Bild von dem Zustand des Welteports in der Zeit von 1913 bis 1923. So ist zwar der Wert des Welteports von 4035 Millionen Pfund Sterling 1913 auf 5299 Millionen 1923 gestiegen. Der Export Großbritanniens belief sich auf 525 bzw. 743 Millionen Pfund. Also der Anteil Großbritanniens am Welteport ist von 13 Prozent 1913 auf 14 Prozent 1923 gestiegen. Es ist jedoch in der gleichen Zeit der Großhandelsindex um 59 Prozent gestiegen und somit eine dementsprechende **Weltpreissteigerung** eingetreten, so daß in Wirklichkeit eine erhebliche **Abnahme** des Welteports und des britischen im besondern zu konstatieren ist. Der britische Export hat daher 1922 68,9 Prozent, 1923 74,5 Prozent und 1924 75,5 Prozent des Vorkriegsumfanges betragen.

In welchem Maße die europäischen Industrieländer Großbritannien die Weltmärkte streitig machen, zeigen folgende Beispiele: **Deutschland** ist zwar als ernsthafter Konkurrent für den britischen Export ausgeschaltet, wenn auch Anzeichen eines zähen Wiedereindringens festgestellt werden können. **Frankreich** hat seinen Friedensexport durch Gebietsvergrößerungen und Wiederherstellung seiner zerstörten Industrien nicht nur erreicht, sondern sogar überschritten. So ist der französische Export, der 1913 einen Wert von 6880,2 Millionen Franken hatte, auf 7299,3 Millionen auf der Preisbasis von 1913 gestiegen. **Belgien** kann ebenfalls seinen Export steigern. So hat es seinen Gesamtexport auf 62,9 Prozent seines Vorkriegsstandes gebracht, der Fabrikatexport ist sogar auf 90 Prozent gestiegen. Trotzdem **Italiens** Industrialisierung, die erst in der Nachkriegszeit eingesetzt hat, noch nicht die Konkurrenz der europäischen Industrieländer entscheidend beeinflussen kann, exportiert es doch fortgesetzt billige Baumwollstoffe nach dem Balkan und nach dem nahen und fernen Orient.

Besonders wichtig und interessant sind die Feststellungen, die der Untersuchungsausschuß über Amerika und Japan als außereuropäische Industrieländer macht. So ist der

Export der Vereinigten Staaten

für 1913 von 2448,6 Millionen Dollar auf 2924,3 Millionen Dollar 1923 gestiegen; der Export von Fabrikaten von 1052,4 Millionen auf 1559,3 Millionen im gleichen Zeitraum. 1923 bestanden 31,1 Prozent des Gesamtexports aus Fertigfabrikaten, von denen ein steigender Anteil auf Asien und Ozeanien entfiel und den britischen Export in diesen Gebieten beeinträchtigte (1922 23 Prozent gegen durchschnittlich 16,2 Prozent von 1910 bis 1919). Betreffs

Japan

geht der Untersuchungsausschuß von der Feststellung des rapiden Aufstiegs des Landes zur Industriexportmacht (unter anderm infolge der Anpassungsfähigkeit seiner Industrie) trotz vieler Rückschläge aus und berichtet, daß es nicht nur gegen Großbritannien konkurriert, sondern auch gegen die Vereinigten Staaten, namentlich in China. Die hauptsächlichsten japanischen Exportartikel sind Kohle, Baumwollgarn und Stoffe. Britisch-Indien führte japanisches Baumwollgarn für 1923/24 36 Prozent des Wertes seiner gesamten Baumwollgarnzufuhr ein (1913 bis 1914 1 Million lb, 1923 bis 1924 20 Millionen). An Baumwollstoffen hat Japan nach Indien eingeführt 1913 bis 1914 0,3 Prozent, 1923 bis 1924 8,3 Prozent der indischen Gesamteinfuhr an Baumwollstoffen. Außerdem hat Japan Fuß gefaßt in Niederländisch-Indien, Siam, Australien, Neuseeland, Südafrika und Südamerika.

Japan, China, Kanada, Australien, Südafrika, Indien, Argentinien, Brasilien, Chile sind die überseeischen britischen Absatzländer, die ihre eigene Industrie aufgebaut haben und so jenen Faktor darstellen, der den britischen

Export am meisten und in fortgesetzt steigendem Maße beeinträchtigt. Die Industrialisierung dieser Länder hat teilweise schon vor dem Kriege eingesetzt und ist durch diesen gewaltig beschleunigt worden.

Das Tempo der japanischen Industrialisierung,

des fortgeschrittensten überseeischen Absatzgebietes, offenbart sich in folgenden Ziffern: in der Elektrizitätsindustrie, dem hauptsächlichsten Industriezweig des Landes, ist die Investition von 169 Millionen Yen 1910 auf 1200 Millionen Yen 1921 gestiegen. Die Fabriken für elektrische Apparate und Lampen vermehrten sich von 26 1914 auf 41 1918. Die Spindelzahl in der Baumwollspinnerei erhöhte sich von 1,9 Millionen 1911 auf 4,2 Millionen 1923. Der Ertrag der Seide-, Baumwoll- und Wollebereien steigerte sich von 337 Millionen Yen 1912 auf 1474 Millionen Yen 1921 auf der Preisbasis von 1913. Die Roheisen- und Stahlproduktion belief sich auf 611 000 Tonnen Roheisen und 820 000 Tonnen Stahl 1923 gegen 302 000 Tonnen Roheisen und 283 000 Tonnen Stahl 1914. Durch die Maschinenindustrie konnten 1920 82 Prozent der japanischen Kesselanlagen im Lande selbst gebaut werden. Erwähnenswert ist außerdem der Fortschritt der japanischen Strumpfwarenfabrikation sowie der Papierproduktion. Über Indiens Verhältnisse berichtet der Untersuchungsausschuß bedauerlicherweise nicht eingehend genug. Erwähnt ist nur die Steigerung der Baumwoll-, Eisen-, Stahl- und Zuteproduktion. Die Baumwollproduktion betrug 1913/14 682,8 Millionen Ib, 1922/23 705,9 Millionen Ib, 1923/24 608,6 Millionen Ib. Die Fabrikation von Baumwollwaren steigerte sich von 1164,3 Millionen Yards 1913/14 auf 1731,6 Millionen 1921/22 und 1700,4 Millionen 1923/24. Die Zuteausfuhr ist im gleichen Zeitraum zurückgegangen, dagegen ist die Ausfuhr von Zutegeweben gestiegen.

Kanadas Industrieanlagen

vermehrten sich von 14 600 im Jahre 1900 auf 42 406 1920. Das in denselben investierte Kapital erhöhte sich im gleichen Zeitraum von 447 Millionen Dollar auf 3439,5 Millionen. Der Prozentsatz der Fertigfabrikate in der kanadischen Gesamteinfuhr, der kurz vor dem Krieg 68,9 Prozent betrug, ging auf 61,9 Prozent zurück. In einigen Fabrikaten konnte Kanada nicht nur seinen eigenen Bedarf decken, sondern sogar noch davon ausführen.

Australiens Industrialisierung

ist nicht so stetig und wirkt trotz Begünstigung durch Rohstoffvorkommen nicht so stark auf die Exportfähigkeit des Landes. Große Produktionskosten, hervorgerufen durch hohe Löhne, sollen hinderlich sein. Der britische Export wird sich hier auf Produkte höherer Qualität verlegen müssen. — Ähnlich liegen die Verhältnisse in Südafrika. Die südafrikanische Industrie kann zwar nur Absatzmärkte unter erheblichen Schwierigkeiten finden, kann sich infolgedessen nicht in besonders großem Ausmaße entwickeln, aber sie macht der britischen Einfuhr ernsthafte Konkurrenz.

In einem viel erheblicheren Maße als von den genannten Dominionen wird der britische Export von den neuen südamerikanischen Industrien Brasiliens, Argentiniens und Chiles eingeengt. Die **argentiniische Industrie** hat sich dermaßen entwickelt, daß der Ertrag der Industrieanlagen sich auf das zwei- bis dreifache gegenüber der Vorkriegszeit gesteigert hat. Die bemerkenswertesten Industrien sind Zement-, Lederwaren-, Möbel- und Glaswarenindustrie. Auch auf dem argentinischen Markt muß sich der britische Export auf Produkte höherer Qualität zurückziehen, da er mit denen geringerer Sorte nicht mehr konkurrieren kann. — Ähnliches Schicksal ist dem britischen Export in **Brasilien** beschieden. Auch da wird er fortgesetzt von der einheimischen Industrie weggedrängt. — Der Ertrag der **chilenischen industriellen Produktion** ist auf das Fünffache gegen die Vorkriegszeit gestiegen. Der Import vieler Artikel ist stark eingeschränkt oder hat fast aufgehört, so in Nägeln, Emaille- und Aluminiumartikeln, Parfüms, pharmazeutischen

Artikeln und Streichhölzern. Wachsend sind die Erträge der Ledertwaren-, Bekleidungs-, Möbel- und Fertigeisenindustrie.

Das Wichtigste aus dem Gesamturteil über die Situation des britischen Exports ist die Feststellung, daß die Zölle nicht das entscheidende Moment in der Verdrängung des britischen Exports gewesen sind, sowie daß sie nicht in einem besonders erheblichen Maße preissteigernd gewirkt haben und die Schlussfolgerung, daß die Industrialisierung der überseeischen Absatzländer nicht zu einer Ausschaltung der alten Industrieländer und Großbritanniens im besondern zu führen braucht. Die Industrialisierung müsse als Folge eine gesteigerte Nachfrage nach Produkten höherer Qualität entwickeln. (Beispiel Vereinigte Staaten von Amerika.) Die alten europäischen Industrieländer hätten sich nur in ihrer Produktion umzustellen. Es wird daher von dem Untersuchungsausschuß den britischen Unternehmern empfohlen, sich auf die neue weltwirtschaftliche Entwicklung einzurichten und sich an dieselbe anzupassen. In dem Grade, wie sich das britische Unternehmertum dieser Entwicklung anpaßt, erringt sich Großbritannien seinen Platz in der Weltwirtschaft. Die neue weltwirtschaftliche Situation bringt jedoch auch die britische Arbeiterpartei zu der Erkenntnis, ihre Politik dementsprechend einzustellen. In der Entschliebung, die auf dem vorjährigen Parteitag angenommen wurde, sind ihre Forderungen, die das Gesamtwohl des britischen Weltreichs betreffen, niedergelegt. Seit 1924 hat sich eine besondere Gruppe in der britischen Arbeiterpartei gebildet, die sich mit dem Studium der Verhältnisse des britischen Staatsverbandes beschäftigt und sich um die Kenntnisse der Wirtschaftsbedingungen der Länder bemüht, die zu Großbritannien in Beziehungen stehen. Auf die Ergebnisse der verschiedensten Untersuchungen dieser Gruppe darf die internationale Arbeiterklasse mit Recht gespannt sein.



Kapitalistische Götterdämmerung

H. Mattutat (Stuttgart)

Die produktive Kraft der Arbeit ist in dem letzten halben Jahrhundert ins Riesenhafte gestiegen. Vom Jahre 1879 bis 1914 haben sich die in Deutschland angewendeten Dampfpferdestärken um rund 7 Millionen, die elektrischen Pferdestärken um 8 Millionen, die in Industrie und Gewerbe beschäftigten Personen um 7 Millionen vermehrt, was eine gewaltige Zunahme der Arbeitsleistungen, zugleich aber auch des gesellschaftlichen Reichtums bedeutet. Ist jedoch den unteren Volksschichten, insbesondere den Arbeitern, die diesen Reichtum schufen, ein diesem Zuwachs entsprechender Anteil zugeflossen? Tatsächlich haben sie davon nichts kennengelernt! Zwar sind ihre Bedürfnisse gewachsen. Aber über das Notwendigste geht deren Befriedigung nicht hinaus, ja Millionen Arbeiter müssen sich mit einer Lebenshaltung begnügen, die als menschenwürdig nicht bezeichnet werden kann. Kaum daß sie vor dem Verhungern geschützt sind. Das ist keine Übertreibung! Die Zahlen der Arbeitslosen- und Kriminalstatistik, die steigenden Erkrankungszißern der Krankenkassen, die Zunahme der rachitischen und tuberkulösen Erkrankungen bei den Kindern der arbeitenden Volksschichten sowie

der ungeheure Wohnungsmangel, der Zehntausende dazu zwingt, ihr Dasein in elenden, licht- und luftlosen Wohnhöhlen zu verbringen, beweisen es.

Im Jahre 1914 wurde das deutsche Volkseinkommen auf 43 bis 45 Milliarden jährlich geschätzt, gegenwärtig werden etwa 55 bis 60 Milliarden angenommen. Das Volkseinkommen hat sich in den letzten drei Jahrzehnten mehr als verdoppelt. Entsprechend nahm auch das deutsche Volksvermögen zu, das nach der Schätzung von 1914 ungefähr 350 bis 400 Milliarden betrug. Lassen wir es beiseite, da es durch den Krieg stark vermindert wurde, wenn auch nicht in dem Umfange, wie vielfach behauptet wird. Die Verteilung des Volkseinkommens ergibt auf jeden Einwohner des Deutschen Reichs ein durchschnittliches Jahreseinkommen von 1000 Mk. oder 4000 Mk. für eine vierköpfige Familie. Damit ließe sich auskommen! Leider wird aber dieses Einkommen von den Arbeitern bei weitem nicht erreicht oder nur dann, wenn die Arbeiterfamilie lediglich aus Erwachsenen besteht.

Wie aus der Arbeitslosenstatistik hervorgeht, betrug in den letzten vier Monaten die Zahl der in Deutschland unterstützten Arbeitslosen über zwei Millionen. Ebenso hoch wird die Zahl der Kurzarbeiter geschätzt, deren Beschäftigungsdauer wöchentlich bis auf 24 Stunden und weniger herabgeht, wodurch sich ihr Einkommen entsprechend vermindert. Betrachten wir die Lage dieser Arbeiter! Nach den gegenwärtigen Unterstützungssätzen der Erwerbslosenfürsorge, die mit Wirkung vom 1. März erhöht wurden, stellt sich das Jahreseinkommen einer vierköpfigen Familie in der höchsten Ortsklasse des Wirtschaftsgebiets I auf 765, im Wirtschaftsgebiet II auf 894 und im Wirtschaftsgebiet III auf 963 Mk., aber nur unter der Voraussetzung, daß sie die Erwerbslosenunterstützung ein Jahr lang erhält, was in der Regel nicht zutrifft. Nicht besser steht es bei den Kurzarbeitern, was die in ihren Kreisen wie bei den Erwerbslosen herrschende Not nur zu begreiflich macht. Schon vor dem Kriege wurde durch Erhebungen der Gewerkschaften und Aufstellung von Haushaltsrechnungen festgestellt, daß bei einem Einkommen von 1200 bis 1600 Mk. nur eine sehr dürftige Lebenshaltung bestritten werden kann. Gegenwärtig wird man diese Grenze auf mindestens 2000 bis 2400 Mk. hinauffsetzen müssen, ein Einkommen, das die Mehrzahl der deutschen Arbeiterschaft bei weitem nicht erreicht.

Daß es so sein kann, liegt in dem kapitalistischen Wirtschaftssystem begründet. Der Arbeiter erhält nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit, sondern er muß diesen mit dem Kapitalisten teilen, der sich im Besitze der für die Beschäftigung des Arbeiters erforderlichen Produktionsmittel befindet und mit seinem Besitzmonopol die gesellschaftliche Produktion beherrscht. Wie diese Teilung vor sich geht, zeigt die übliche Kalkulation der Warenpreise, die, unterstützt durch die Preisdiktatur der Kartelle, nicht etwa nach den Produktionskosten der leistungsfähigsten, sondern der schlechtesten Betriebe und außerdem mit erheblichen Gewinnzuschlägen erfolgt. Der Arbeiter erhält so im allgemeinen nur die Hälfte des in den Warenpreisen berechneten Lohnes. Der übrige Teil fällt dem Unternehmer als Mehrwert zu. Auf diese Weise ist der Arbeiter nur in beschränktem Umfange in der Lage, auf dem Markte als Warenkäufer aufzutreten. Seine schon durch die ungerechte Verteilung des Arbeitsertrags herabgesetzte Kaufkraft wird aber noch weiter geschmälert, je mehr Zwischenstellen sich mit dem Vertrieb der

für ihn notwendigen Waren beschäftigen, damit zugleich zu ihrer weiteren Verteuerung beitragen. Es gibt wohl auch unter der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung ein Mittel, diese unnötige Verteuerung zu vermeiden. Es ist das die **genossenschaftliche Warenverteilung**, die von den Arbeitern in richtiger Weise unterstützt, den Preistreibern der Produzenten wie Händler weitgehend entgegenwirken und den Arbeitern wesentliche Vorteile verschaffen könnte.

Doch nicht nur die Verteilung des Arbeitsertrags trägt die Schuld an der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Arbeiterschaft und der breiten Volksmassen, sondern auch die Art, wie die kapitalistische Produktion vor sich geht. Kommt es doch im Grunde genommen für das Wohlergehen eines Volkes nicht auf die Höhe seines Geldeinkommens, sondern auf die Menge der ihm zum Verbrauch stehenden Waren an. Wir wissen aus der geschichtlichen Entwicklung, daß mit der Verbesserung der Arbeitsmethoden eine erhöhte Befriedigung der Bedürfnisse des Menschen eintrat und, solange sich die Produktionsmittel im Besitz ihres Anwenders befanden, sein Wohlstand zunehmen mußte. Warum ist das gegenwärtig nicht der Fall, wo der Menschheit wesentlich leistungsfähigere Produktionsmittel und Produktionskräfte zur Verfügung stehen als je zuvor? Warum werden sie nicht angewendet, um dem allgemeinen Warenmangel zu begegnen? Millionen von Menschen benötigen der ausreichenden Ernährung, einer besseren Bekleidung, einer gesundheitlich einwandfreien Wohnung und noch viele andere Dinge. Die zur Befriedigung dieser Bedürfnisse erforderlichen Rohstoffe, Maschinen, Werkzeuge, ja selbst Menschen, die sofort in Tätigkeit treten könnten, sind doch da! Und wenn es an Produktionsmitteln fehlen sollte, so besteht technisch kein Hindernis, sie nach Belieben zu vermehren, um eine Produktion zu entwickeln, die alle Bedürfnisse befriedigt. Volkswirtschaftlich gesehen hat doch die Produktion lediglich ihre Grenze in dem Verbrauch und dieser kann, ohne Verschwendung zu treiben, gegenüber dem gegenwärtigen Stand in außerordentlichem Maße ausgedehnt werden, so daß es Arbeitslose, Not und Elend nicht zu geben brauchte.

Es wird aber nicht mehr produziert. Im Gegenteil werden zurzeit in Deutschland die vorhandenen Produktionskräfte nur etwa zur Hälfte ausgenutzt und anderswo steht es nicht günstiger. Anstatt die Produktion zu erweitern, sie dem allgemeinen Bedarf anzupassen, wird sie eingeschränkt, werden immer neue Betriebe stillgelegt und weitere Arbeiter entlassen, wodurch sich die bestehende Wirtschaftsmisere immer mehr ausbreitet. Alle auf Abänderung dieses Zustandes gerichteten Versuche blieben bis jetzt vergeblich. Sie werden auch in der Folge keine durchgreifende Besserung oder befriedigende Lösung der Probleme bringen, vor die sich die kapitalistische Gesellschaft gestellt sieht, zu deren Bewältigung sie bis jetzt unfähig war.

Die gegenwärtige Wirtschaftsmisere hat, wie schon oft nachgewiesen wurde, lediglich in dem bestehenden kapitalistischen Produktionssystem ihre Ursache. Daß sie so kraft in die Erscheinung tritt, dazu hat zweifellos der Krieg beigetragen. Aber auch dieser ist ja nur durch das gleiche System hervorgerufen worden. Früher oder später hätte sich derselbe Zustand einstellen müssen. Deshalb versprechen auch — solange das kapitalistische Produktionssystem bestehen bleibt — die zur Sanierung der Wirtschaft unternommenen

Bemühungen im besten Falle nur eine Milderung der für die breiten Massen immer unerträglicher werdenden Zustände. Aber auch die Herbeiführung dieser Milderung wird für den Kapitalismus zu einer Lebensfrage. Die heutige Wirtschaft treibt dem Zusammenbruch entgegen, weil die kapitalistische Produktion nicht darauf eingestellt ist, die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen, sondern Mehrwert, Profite zu erzielen. Wo kein Mehrwert winkt, rauchen auch — wie Bebel einst richtig bemerkte — keine Schornsteine. Das sehen wir gegenwärtig in weitestem Umfange bestätigt. Der Gewinn aber — auf den der kapitalistische Unternehmer Anspruch erhebt, wenn er produzieren soll — ist nichts anderes als Raub am Volke, wenn auch ein durch die kapitalistische Wirtschaft privilegierter Raub. Die Wirkung ist, daß jeder Gewinn, mag er sich auch in mäßigen Grenzen bewegen, was gegenwärtig nicht zutrifft, die Kaufkraft der Arbeiter wie auch der übrigen Verbraucher beeinträchtigen muß. Das ist um so mehr der Fall, je mehr die Gewinne unter Ausbeutung des bestehenden Produktions- und Handelsmonopols der Kartelle künstlich in die Höhe getrieben und auf dieser gehalten werden. Hiermit verübt der Kapitalismus volkswirtschaftlichen Raubbau schlimmster Art, zurzeit aber etwas ganz gewöhnliches. Es kann daraus nichts anderes entstehen, als daß die Kaufkraft der Verbraucher immer mehr untergraben wird und schließlich völlig verfällt.

An diesem Punkte sind wir nahezu angelangt. Die Kaufkraft des Volkes ist in einer Weise geschwächt, wie es kaum schlimmer sein kann. Sie durch Preisherabsetzung zu heben, fällt den kapitalistischen Unternehmern nicht ein, im Gegenteil suchen sie jede Preissenkung mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern. Damit nicht genug, sind sie bestrebt, die Löhne der Arbeiter herabzudrücken, angeblich, um die Preise zu senken und ihr Kapital schneller zu akkumulieren. Beides steht in Widerspruch zueinander! Tatsächlich ist auch von einer Preissenkung nichts zu bemerken, das Vorgeben der Unternehmer also fauler Schwindel. Die Kapitalakkumulation vermag die Wirtschaft aus dem Dilemma, in dem sie sich befindet, nicht zu befreien. Auch in diesem Falle kann nur eine Milderung der gegenwärtigen Lage, nicht die Beseitigung der sie herbeiführenden Ursachen erreicht werden. Die Akkumulation von Kapital befreit die deutsche Industrie von den hohen Zinslasten, die ihr die Kapitalbeschaffung gegenwärtig auferlegt. Sie macht wieder Kapital für neue Unternehmungen im In- und Auslande frei. Das alles genügt aber nicht. Der Kapitalismus braucht neue Absatzgebiete, auf die er seine Raubzüge ausdehnen kann. Er bedarf einer Ausdehnung des Weltmarktes! Diese ist jedoch nicht zu erreichen. Bei dem Bestreben aller Nationen, eigene Industrien zu entwickeln und ihren industriellen Bedarf im eigenen Lande zu decken, steht sogar eine weitere Einengung des Weltmarktes bevor, die durch die angestrebte internationale Kartellierung des Industriekapitals vielleicht aufgehalten, aber nicht dauernd verhindert werden kann. Selbst der international kartellierte Kapitalismus ist gezwungen, den noch nicht industriellen Staaten durch Ausfuhr von Maschinen und Ansiedlung von industriellen Unternehmungen die Mittel zur Entwicklung ihrer industriellen Selbständigkeit zu liefern.

Der gegenseitige Austausch von Waren zwischen den Völkern wird zwar niemals aufhören. Aber in dem Maße, wie sich die Industrie in den jetzigen

Agrarländern entwickelt, muß die Bedeutung des Auslandsmarktes für die alten Industriestaaten zurückgehen und werden sie in immer stärkerem Maße auf den Innenmarkt angewiesen. Schon gegenwärtig ist trotz aller Versuche, die Ausfuhr auf Kosten des Inlandes zu erweitern, dieses der Hauptabnehmer der industriellen Erzeugnisse. In dem Umfange, wie dieser Entwicklungsprozeß fortschreitet, muß daher die kapitalistische Produktionsweise bei Aufrechterhaltung ihrer Ausbeutungsmethoden zu einer für den Kapitalismus unhaltbaren Lage führen, treibt er einer Katastrophe entgegen. Mindestens sind die Anzeichen für eine dahingehende Entwicklung vorhanden und die Arbeiter handeln klug, wenn sie die so zutage tretenden Verfallerscheinungen des gegenwärtigen kapitalistischen Systems wohl beachten. Die Arbeiter müssen durch Stärkung der gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Bewegung sowie durch die Betätigung ihres politischen Einflusses dahin wirken, daß die auf die Dauer unabweisbare Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaftsordnung gefördert und beschleunigt, zugleich ein Übergang geschaffen wird, der den Arbeitern nicht noch schwerere Opfer auferlegt, als sie jetzt schon zu bringen haben.

Die Rehrseite des amerikanischen Wirtschaftswunders

Lonny Sender

III.

Ein ganz besonderes und bedeutsames Kapitel der Arbeitspolitik des Stahltrustes bildet der Abschnitt „Wohlfahrtspolitik“. Um seine Bedeutung richtig würdigen zu können, muß man sich vergegenwärtigen, daß in den amerikanischen Staaten der Ausbau der gesetzlichen Sozial- und Fürsorgemaßnahmen noch sehr geringfügig ist, daß also die maßgeblichen politischen Kreise Nordamerikas der sozialen Gesetzgebung recht ablehnend gegenüberstehen. Wenn man auch darauf hinweisen kann, daß die weit höheren Löhne der amerikanischen Arbeiter diesen in manchen Fällen eher eine Möglichkeit zu eigener Vorsorge für Fälle sozialer Not bieten, so kann damit doch in keiner Weise das Fehlen der gesetzlichen Vorsorge begründet werden.

Wenn wir dagegen das umfangreiche Kapitel über die Unternehmerwohlfahrt im Stahltrust lesen und es in Zusammenhang bringen mit den früher behandelten Methoden dieser Körperschaft gegenüber den Arbeitnehmern, so wird uns dieser Zustand schon erklärlicher. In der Tat wird auf den verschiedensten Gebieten der Arbeitersfürsorge eine rege Tätigkeit entfaltet. Beginnend mit der Sorge für größere **Betriebsicherheit**, für deren Gewährleistung bereits im Jahre 1908 ein besonderer Ausschuß eingesetzt wurde. Nach und nach wurde diese Organisation weiter ausgebaut. Jeder Betrieb erhielt ein besonders Arbeitersicherheitskomitee. Alles mögliche ward getan, um Zahl und Schwere der Unfälle zu vermindern; als man feststellen zu müssen glaubte, daß ein völliges Vermeiden jeglichen Unfalles nicht möglich sei, ging man zur Einführung der Unfallhilfe über. Das geschah im Jahre 1910 und im gleichen Jahre wurde ein weiteres Projekt ausgearbeitet, das der **Pensionen**. Zunächst stiftete Herr Carnegie einen Fonds von 4 Millionen Dollar, dessen Zinsen zur Pensionierung alter Arbeitnehmer be-

stimmt waren und der später auf 12 Millionen erhöht wurde. In der weiteren Entwicklung wurde an der Zentrale ein besonderes Büro für Betriebssicherheit, Gesundheitswesen und Wohlfahrt errichtet, das als eine Zentralstelle zur Erlangung von Informationen und Verbreitung von Erfahrungen für alle angeschlossenen Werke dient. Zugleich aber steht dieses Büro in steter Verbindung mit staatlichen und kommunalen Stellen und anderen Unternehmerorganisationen, um einen Austausch über die Unfallverhütungsmethoden und die Wohlfahrtsarbeit vorzunehmen. Schließlich wurde im Jahre 1919 die Organisation vervollständigt durch ein größeres Komitee, dem Vertreter aller größeren angeschlossenen Werke angehörten. Inwieweit man indessen auf die absolute Zuverlässigkeit der Angaben dieser Stelle rechnen darf, geht aus folgendem hervor: Nach den Erklärungen des Geschäftsführers des Wohlfahrtsbüros seien 70 bis 80 Prozent aller Unfälle auf Gedankenlosigkeit oder Unachtsamkeit des Arbeiters oder seiner Arbeitskollegen zurückzuführen. Ja in einem der hierüber vom Stahltrust herausgegebenen Bulletins geht man sogar noch weiter und behauptet, daß die Arbeiter allein oder mindestens doch mitverantwortlich an den Unfällen in 90 Prozent der vorkommenden Fälle seien. Dagegen stellt aber der Regierungsbeauftragte für Arbeitsfragen in seinem Bericht an den Senat vom Jahre 1911 fest, daß von den untersuchten Fällen zurückzuführen seien

- 60 Prozent auf Gefahren der Industrie,
- 7 Prozent auf Nachlässigkeit der Arbeiter,
- 6 Prozent auf Nachlässigkeit der Arbeitskollegen,
- 4 Prozent auf Nachlässigkeit der Unternehmer,
- 23 Prozent blieben unaufgeklärt.

Im übrigen aber gibt der Verfasser zu, daß eine sehr beachtliche Erhöhung der Betriebssicherheit durch die Tätigkeit von Kommission und Büro erreicht worden sei, was auch durch die Statistik ausgewiesen wird. Allerdings bezieht sich diese Statistik auf „ernste“ Unfälle, ohne daß dabei genau angegeben wäre, was man unter „ernste“ zu verstehen hat, so daß eine wissenschaftliche Bewertung der Ziffern nicht gegeben ist.

Eine Organisation zur ersten Hilfeleistung ist in den meisten Werken eingeführt, die bestimmte Gruppe von dazu geeigneten Arbeitern wird ärztlich ausgebildet, zu ihrer Verfügung stehen Räume für die erste Hilfeleistung. Außerdem liefert die Gesellschaft die Hospitalbehandlung.

Die Unfallhilfe

wird in den ersten 10 Tagen nicht bezahlt; für vorübergehende Erwerbsunfähigkeit werden 35 Prozent des Lohnes während 52 Wochen bezahlt; hinzu kommen 2 Prozent für jedes Jahr, das der Betreffende über 5 Jahre im Dienst des Unternehmers ist. Verheiratete erhalten 50 Prozent des Lohnes und ebenfalls die zusätzliche Leistung bei längerer Dienstzeit. Für völlige Erwerbsunfähigkeit: Bei Verlust der Hand einen 12-Monatslohn; Verlust des Armes 18-Monatslohn; Fuß 18-Monatslohn; Bein 12-Monatslohn; Auge Sechsmonatslohn. Bei dauernder Erwerbsunfähigkeit: Eine Hilfe, die nicht geringer ist, als die beim Tod bewilligte. Im Todesfall werden die Bestattungskosten bezahlt, außerdem der Lohn für 1½ Jahre.

Zu alledem bemerkt jedoch der Verfasser, daß nicht vergessen werden dürfe, daß die öffentliche Meinung jahrelang auf die Notwendigkeit der Unfallrente hingelenkt, daß staatliche Kommissionen die ganzen Jahre auf

eine gesetzgeberische Regelung drängten und daß bereits in 11 Staaten entsprechende Gesetze erlassen worden sind.

In sanitärer Beziehung wurde ebenfalls eine große Reihe von Einrichtungen getroffen. Man stellte Hauschwestern seitens der Grubengesellschaften an und machte damit so gute Erfahrungen, daß auch andere Unternehmungen zu dieser Einrichtung übergingen. Die Schwestern leisten unentgeltliche Krankenhilfe im Hause der Arbeitnehmer der Gesellschaften. Ferner wurden Zahnkliniken eingerichtet, die stark in Anspruch genommen werden, und das Wohlfahrtsbüro stellt fest, daß durch diese Einrichtung für die Gesellschaft viel Zeit erspart werde; haben doch dadurch die Arbeitnehmer keine weiten Reisen zum nächsten Zahnarzt mehr zu unternehmen. Daneben bestehen Einrichtungen, wie wir sie auch bei uns kennen, wie Kantinen und Speiseräume. Hinzu kommen die Werkwohnungen. Es werden im Hinblick auf die ungelerten Arbeiter Häuser mit niedrigeren Mieten errichtet und etwas besser ausgestattete für gelernte Arbeiter. Allerdings erscheinen uns die Angaben über Baukosten und Mietraten zu beweisen, daß es sich hierbei nicht um reine Wohlfahrt handeln kann, denn der Mietpreis ist reichlich hoch bemessen. Im übrigen wird auch dort in vielen Fällen Klage darüber geführt, daß die Häuser von trauriger Eintönigkeit sind.

Einrichtungen, die in Europa wohl weniger anzutreffen sind, stellen die vom Stahltrüst errichteten Institute für praktische Haushaltung dar. Dort sind eingerichtet:

- Kinderklassen zum Näh-, Koch- und Haushaltsunterricht,
- Frauzenzusammenkünfte zum Unterricht in Kinderpflege, Kochen, Nähen, Gesundheitslehre,
- Klubs für kleine Mädchen,
- Knabenklubs,
- Frauenklubs mit sozialem Zielen.

Zwei Hauptabteilungen sind bei diesem Erziehungswerk voneinander zu unterscheiden: die Abendschulen für die Betriebsangehörigen und ferner öffentliche Schulen, deren Kosten zumeist von der Gesellschaft bestritten werden oder aber die Gesellschaft trägt zu den Kosten der kommunalen Schule bei. Der Lehrplan der Abendschulen entspricht ähnlichen privaten oder öffentlichen Einrichtungen in Deutschland und wird unterstützt durch gut eingerichtete Bibliotheken, vorwiegend technischen Charakters. In vielen Fällen hat die Gesellschaft zu den Baukosten von öffentlichen Schulen beigesteuert oder gar sie auf eigene Kosten errichtet.

Ergänzt werden diese Einrichtungen durch Spielplätze, Tennisplätze, Schwimmbäder, Turnplätze; die Werke unterhalten Orchester und verschiedene musikalische Organisationen. In letzter Zeit wurden auch Klubs eingerichtet mit allen nur möglichen gesellschaftlichen und Unterhaltungseinrichtungen, so daß also das ganze Leben der Arbeitnehmer des Stahltrüsts sich innerhalb der Stätten abzuspielen vermag, die in irgend einer Weise vom Arbeitgeber geschaffen wurden.

Noch einige Angaben über den **Pensionsfonds** gehören hierher.

Zwangspensionierung erfolgt bei Männern im Alter von 70, bei Frauen im Alter von 50 Jahren nach 25jähriger Dienstzeit.

Auf Ersuchen wird Pensionierung im Alter von 65 Jahren bei Männern und von 55 Jahren bei Frauen, ebenfalls nach 25jähriger Dienstzeit gewährt.

Pensionierung infolge dauernder vollständiger Erwerbsunfähigkeit nach 15jähriger Dienstzeit.

Wie aber sieht die Höhe der gewährten Pension aus? Die Basis ist für jedes Dienstjahr 1 Prozent des durchschnittlichen Monatsverdienstes während der letzten zehn Jahre, das heißt also, daß ein Mann, der 25 Jahre arbeitete und davon in den letzten zehn Jahren 60 Dollar durchschnittlich im Monat verdiente, 25 Prozent von 60 Dollar = 15 Dollar monatlich erhalten würde.

Das Minimum beträgt 12 Dollar im Monat, das Maximum 100 Dollar. Aber: Arbeitnehmer, die freiwillig den Dienst verlassen, gehen jedes Anspruchs verlustig. Ebenso entlassene Arbeitnehmer, falls sie nicht innerhalb 6 Monaten wiederingestellt werden. Ebenso kann die Rentenauszahlung im Falle „schlechten Verhaltens“ oder wegen anderer Ursache, über die das Direktorium zu befinden hat, eingestellt werden. Der Geschäftsführer des Pensionsfonds entscheidet über auftauchende Zweifelsfragen, appelliert werden kann nur an das Direktorium, das dann endgültig entscheidet.

Wieviele Arbeiter mögen so zur Bildung dieses Pensionsfonds beigetragen haben, ohne je in irgend einen Genuß von Rente zu gelangen?

Zum Schluß sei noch das **Gewinnanteilsystem** erwähnt, das seit 1903 eingeführt ist. Jährlich stellt der Stahltrust eine Anzahl von Aktien seinen Arbeitnehmern zum Kauf zur Verfügung. Die Zahlung für die gekauften Aktien hat in monatlichen Raten zu erfolgen von nicht weniger als 2 Dollar pro Monat und wird vom Lohn abgezogen. Für rückständige Zahlungen werden 5 Prozent Zinsen berechnet. Für nicht veräußerte Aktien werden Prämien entrichtet, und zwar 3 Dollar fürs erste Jahr, 4 Dollar fürs zweite und so fort bis zu 7 Dollar für das fünfte Jahr. Diese Prämien werden in einen speziellen Fonds gezahlt und mit 5 Prozent verzinst. Der Stahltrust selbst bestimmt später, welcher Anteil auf jeden Aktienzeichner entfallen soll.

Sieht man von der Willkür dieses ganzen Verteilungsplanes ab, so muß man anerkennen, daß ziemlich erhebliche Dividenden durch dieses System zur Auszahlung gelangen können. Doch wie sieht die Auszahlung in der Praxis aus? Die erste Extradividende wurde im Januar 1908 ausbezahlt. Zu diesem Zeitpunkt aber befanden sich von den 26 399 Unterzeichnern von Aktien, die im Jahre 1903 47 551 Aktien übernommen hatten, nur noch 5409 Arbeitnehmer mit 12 399 Aktien in den Diensten des Trusts.

Mit Recht wirft angesichts dieser Tatsachen der Verfasser die Frage auf, ob man da überhaupt noch von einem System der Gewinnbeteiligung reden könne oder ob es sich nicht vielmehr um eine Methode handle, Arbeitnehmer an den Betrieb zu fesseln, insbesondere die tüchtigen und eingearbeiteten Leute, die schwer zu ersetzen wären.

Blieb noch die interessante Frage zu beantworten, wie hoch sich die gesamten Ausgaben des Stahltrusts für sogenannte Wohlfahrtsausgaben belaufen. Das ist schwer festzustellen. Der Trust verbucht nämlich unter dieser Rubrik in einer Summe auch die Subsidien, die jenen Organisationen überwiesen werden, die sich die Bekämpfung der Arbeiterforderungen zum Ziele gesetzt haben. Dies wurde bei einer Vernehmung vor dem amerikanischen Kongreß festgestellt. Außerdem sind in dieser Summe die Ausgaben für Unfallhilfe und Pensionen mitenthalten.

Kann man nun auf Grund dieser vielseitigen Betätigung des Stahltrusts zu der resümierenden Feststellung kommen, daß diese Körperschaft das Weitgehendste im Interesse ihrer Arbeitnehmer tut? Da ja die staatlichen Einrichtungen für wichtige soziale Zwecke in den meisten der Staaten nicht bestehen, könnte das private Eingreifen als eine Wohltat empfunden werden. Demgegenüber aber ist doch festzustellen, daß wahrscheinlich das Verhalten der Kreise, die dem Stahltrust nahestehen, nicht unschuldig daran ist, daß in den verschiedenen politischen Körperschaften die soziale Gesetzgebung nicht zum Fortschritt gebracht wurde. Und es kann wohl kein vernichtenderes Urteil über die Wirkung der Arbeiterpolitik des Stahltrusts abgegeben werden, als die Äußerung, die vor einer Kommission gefallen ist, „daß man zweifle, ob man eine zueinander mißtrauischere Gemeinschaft von Menschen finden könne, als die Belegschaft des amerikanischen Stahltrusts.“

Und so ist auch das ganze umfangreiche Wohlfahrtsprogramm nur ein Teil des Programms, das der Bekämpfung der gewerkschaftlichen Organisationen gewidmet ist. Soll doch dadurch in den Arbeitnehmern das Gefühl geweckt werden, daß die Gesellschaft besorgt sei um ihre Arbeitnehmer und darum eine gute Arbeitsstelle darbreite. Insbesondere dient die Unterbringung von Arbeitnehmern in den Werkssiedlungen auch dem Zweck, das Leben des Arbeiters besser überwachen und feststellen zu können, ob er etwa Gewerkschaftsversammlungen besucht. Und auch nur ein Teil des Systems ist das der Gewinnbeteiligung, das durch die für längeres Behalten der Aktien bei Verbleiben im Dienst eine Prämie in Aussicht stellt und auf diese Weise die Leute möglichst lange an den Betrieb fesselt, sie zu gutem Verhalten anspornt, das heißt sie davor warnt, irgendwelche Fühlung mit den Trade Unions zu nehmen. Muß doch der Empfänger der Dividende nicht nur entsprechend lange im Dienst der Gesellschaft sein, sondern es muß ihm auch attestiert werden, daß er ein „reges Interesse am Gedeihen und Fortschritt des Werks nahm“. Ein Attest aber, das bestätigt, daß der Mann stets im besten Interesse der Gesellschaft gearbeitet hat, wird niemals einem Manne ausgestellt werden, der sich nur irgendwie verdächtig gemacht hat, in Berührung mit der Gewerkschaft gekommen zu sein.

Nicht anders ist die Wirkung des Pensionsystems. Ist doch dem Geschäftsführer alle Macht in der Verwaltung eingeräumt. Wegen „schlechtem Verhalten“ kann er Pensionen verjagen oder bereits bewilligte entziehen. Da aber wegen Zugehörigkeit zur Gewerkschaft die Leute entlassen zu werden pflegen, so dürfte gleiche Praxis auch bei den Pensionen Platz greifen.

Man wird nach alledem nicht mehr daran zweifeln, wie man die „patriarchalische“ Einstellung des Stahltrusts zu werten hat.

Nicht minder rückständig ist seine autokratische Einstellung. In der Untersuchung wird erwiesen, daß in bezug auf Löhne, Arbeitszeit und Beschwerden der Belegschaft in der selbstherrlichsten Weise verfügt wird und daß nur diesem Verhalten der Ausbruch des großen Streiks zuzuschreiben war. Stets hat der Trust das Interesse an Verkürzung der Arbeitszeit seinen Profitinteressen untergeordnet und nur dank dem starken Druck der öffentlichen Meinung konnten Fortschritte erzielt werden. Man gab der Belegschaft überhaupt keinerlei Möglichkeit, ihre Beschwerden vorzutragen zu können, und ließ es darum lieber zum Kampfe kommen.

Treffend kennzeichnet Herr Gulik das Verhalten des Stahltrusts in den Worten:

„Auf dem geschäftlichen Gebiet anerkennt er die Notwendigkeit des Zusammenschlusses. Der Trust selbst ist ein gigantisches Beispiel von der Macht, die der Zusammenschluß verleiht. Ist nicht die Weigerung einer solchen Gesellschaft, mit der Belegschaft kollektiv durch Vertreter deren eigener Wahl zu unterhandeln, im kräftigsten Widerspruch mit dem Geist der Zeit?“

Und diese reaktionäre Einstellung der Leitung des Stahltrusts trifft nicht nur die dort beschäftigte Belegschaft, sondern dank des politischen Einflusses, den wirtschaftliche Macht stets verleiht, trägt sie dazu bei, daß in den Vereinigten Staaten noch recht wenig vom Schutz der menschlichen Arbeitskraft durch den Staat die Rede sein kann. So wird uns durch das äußerst dankenswerte Werk ein wenig der Schleier gelüftet von der Seite des amerikanischen Wirtschaftswunders, von der uns die Opfer einer nur auf den Profit eingestellten, menschenverschwendenden technischen Hochleistung anstarren.

Wirtschaftliche „Kleinigkeiten“

F. Petrich (Gera)

Die Konjunkturstelle des Reichsstatistischen Amtes ist bestrebt, den Kreis ihrer Erhebungen möglichst weit zu ziehen. So ist sie in dem schon angezeigten ersten Vierteljahrsheft zu einer Reihe von Einzeluntersuchungen gelangt, die allgemeines Interesse beanspruchen dürfen. Ihre Ergebnisse seien hier in aller Kürze wiedergegeben.

A. Die Höhe des Volkseinkommens

Seit je waren die Höhe des Volkseinkommens und die Größe des Nationalreichtums Streitfragen. Selbst in der mit sicheren Zahlengrundlagen rechnenden Vorkriegszeit wichen die einzelnen Angaben und Schätzungen weit voneinander ab. Um wie viel unsicherer sind die Berechnungsmöglichkeiten gegenwärtig, wo wir als Folge der Inflation noch immer mit erheblichen Wertschwankungen zu tun haben. Die Unternehmer, von dem verständlichen Bestreben geleitet, möglichst schwarz in schwarz zu malen, haben in ihrer Denkschrift für das Jahr 1925 das Volkseinkommen auf 43 bis 48 Milliarden geschätzt, während die Denkschrift des ADGB das Volkseinkommen für dieselbe Zeit auf 52 bis 60 Milliarden schätzt. Man ersieht aus diesen Zahlen ganz allgemein, welche große Abstände zwischen den Schätzungen bestehen; schon jede Berechnung weist für sich von den Anfangs- bis zu den Endzahlen einen Unterschied von 5 bis 8 Milliarden auf. Die Anfangszahl der Unternehmerdenkschrift und die Endzahl der ADGB-Denkschrift differiert sogar um 17 Milliarden, das ist mindestens ein volles Drittel des gesamten zur Diskussion stehenden Wertobjektes.

Das Konjunkturheft teilt nun mit, daß nach Berechnungen, die im Statistischen Reichsamt angestellt worden sind, sich nach den Unterlagen der ersten neun Monate des Jahres 1925 eine Jahreschätzung ergibt, deren untere Grenze bei 50, deren obere Grenze bei 55 Milliarden liegt. Diese Fest-

stellung, die sich in der Hauptsache auf die Lohnsteuerstatistik stützt, wird im einzelnen eingehend erläutert. Das Resultat ist: „All dies Für und Wider leitet uns zu der vorläufigen Annahme eines volkswirtschaftlichen Einkommens von kaum über 50 Milliarden im Jahre 1925 zurück.“ Die im September/Oktober einsetzende akute Krise gestattet kaum, höher zu gehen. Woraus zu ersehen ist, daß sich die Maximalziffer der Unternehmer und die Minimalziffer der Gewerkschaften so ziemlich nähern. Vollständig geklärt ist die Frage hiermit selbstverständlich nicht. Zum Schluß wird in dem Konjunkturheft auf die beträchtlichen Preisschwankungen als Unsicherheitsfaktor hingewiesen. Man darf hinzufügen, daß die Krise und im besonderen die Massenarbeitslosigkeit und Kurzarbeit mit ihrem unvermeidlichen, nach vielen Milliarden zählenden Ausfall von Arbeitseinkommen in erster Linie mit zu berücksichtigen ist.

B. Die Kreditbelastung der Landwirtschaft

Wenn es nach der Stärke des entfalteten Notgeschreis ginge, dann müßte kein Wirtschaftszweig und Erwerbsstand übler dran sein als die Landwirtschaft. Nun steht fest, daß kaum ein anderer Teil der Wirtschaft im Kriege und in der Inflation so gut abgeschnitten hat als die sachwertbesitzende Landwirtschaft. Im Verlauf der Stabilisierung stellte sich Geldmangel ein. Kredite mußten aufgenommen werden und außerdem mußte die Landwirtschaft zum erstenmal wirklich Steuern zahlen. Gewaltiges Geschrei über die Steuer- und Schuldenlast. Nunmehr liegen genaue Angaben über die landwirtschaftlichen Kredite vor. Sie betragen am 31. März 1926: Hypothekarkredite 1,2 Milliarden, fluktuierende Personalkredite 0,8 Milliarden, nichtfluktuierende Personalkredite 1,1 Milliarden, alles in allem 3,1 Milliarden Mark, die zu außerordentlich günstigen Zinsbedingungen hergegeben sind. Ist das eine Schuld, die die deutsche Landwirtschaft wirklich ernsthaft bedrücken könnte? Selbst wenn man die lediglich zu verzinsende Rentenbankgrundschuld in Höhe von 2 Milliarden und die Warenschulden hinzunimmt, kann von einer wirklichen Not der Landwirtschaft nicht gesprochen werden. Man nehme die Konkursstatistik her und betrachte den verschwindend geringen Anteil der Landwirtschaft an den Konkursen! Aber die Landwirtschaft hatte sich während des Krieges und der Inflation eine Sonderstellung erzwungen. Damit ist es vorbei. Und dennoch: Wenn die gesamte deutsche Wirtschaft auf einer so sicheren und soliden Grundlage ruhen würde wie die deutsche Landwirtschaft, dann wäre zu Besorgnissen kein Anlaß.

C. Eisenpreis, Elektrizitätsverbrauch und Konjunkturverlauf

Eine gedrängte Sonderuntersuchung des Konjunkturheftes ist der Frage gewidmet, wie sich Eisenpreis und Aktienkurs zur Konjunkturlage verhalten. Die angestellten Untersuchungen in der Vor- und Nachkriegszeit ergeben, daß zweifellos ein innerer Zusammenhang zwischen dem Konjunkturablauf, den Aktienkursen und den Eisenpreisen vorhanden ist, ohne daß sich bis jetzt schon, nicht zuletzt wegen der relativ kurzen Beobachtungsperiode, ein klares Bild gewinnen läßt. Bis zum März 1926 weist der Kernschrottpreis fallende und der Aktienkurs steigende Tendenz auf.

Ein anderer Versuch, die Konjunkturforschung zu erweitern, ist eine

systematische Statistik über den Elektrizitätsverbrauch. Es dürfte keiner längeren Erörterung bedürfen, um nachzuweisen, wie notwendig es ist, der Statistik über Rohstoffe und industrielle Erzeugnisse eine solche über die Produktion und den Verbrauch von Elektrizität hinzuzufügen. Die jetzt für 1925/26 vorliegende vergleichende Statistik der Konjunkturstelle hat zur Grundlage den Anschlußwert von 103 unmittelbar mit Elektrizität belieferten industriellen und gewerblichen Verbrauchern; das Ergebnis ist folgendes:

Monat	Arbeits- tage	Anschluß- wert Kilowatt	Stromabgabe			
			im ganzen Kilowatt- stunden	arbeits- täglich		
				Kilowatt- stunden	f. 1 Kilow. Anschlußwert	Monats- durchschnitt 1925 = 100
1925						
Januar	26	3 133 701	323 728 925	12 451 113	3,97329	102,99
Februar	24	3 155 023	304 570 064	12 690 419	4,02229	104,26
März	26	3 176 299	317 491 484	12 211 211	3,84448	99,65
April	24	3 196 608	304 877 268	12 703 220	3,97397	103,00
Mai	25	3 229 945	315 719 507	12 628 780	3,90991	101,34
Juni	25	3 244 468	313 744 722	12 549 789	3,86806	100,26
Juli	27	3 271 855	331 456 916	12 276 182	3,75206	97,25
August	26	3 306 113	330 980 775	12 730 030	3,85045	99,80
September	26	3 331 177	334 265 071	12 856 349	3,85940	100,03
Oktober	27	3 399 574	332 186 017	12 303 186	3,61904	93,80
November	24	3 413 156	321 119 588	13 379 983	3,92012	101,61
Dezember	25	3 427 739	319 646 148	12 785 846	3,73011	96,68
1926						
Januar	25	3 444 076	305 948 407	12 237 936	3,55333	92,10
Februar	24	3 458 520	294 340 665	12 264 194	3,54618	91,92

Die Meßziffer in der letzten Spalte zeigt eine frappierende Ähnlichkeit mit der gesamten Wirtschaftslage an, wie das kaum anders zu erwarten ist. Vor Schematisierungen muß man sich allerdings hüten, da die Produktion und Abgabe von Elektrizität fast ausschließlich an die sehr stark differenzierte Fertigungsindustrie erfolgte. Immerhin ist die Annahme berechtigt, daß der weitere Ausbau der Elektrizitätsstatistik ein Hilfsmittel zur Klarstellung bestimmter Konjunkturvorgänge sein dürfte.

D. Die deutschen Aktiengesellschaften 1925/26

In den Krisendebatten während der letzten Monate hat das Zubiel an Aktiengesellschaften als Kriegs- und Inflationserbe eine beträchtliche Rolle gespielt. Es wurde betont, daß diese Krise eigentlich notwendig sei, weil sie eine Reinigungskrise ist, die uns von den zahllosen Schwindelgründungen des letzten Jahrzehnts befreien soll. In der Tat, die Zunahme seit 1909, das als Ausgangspunkt einer Untersuchung von „Wirtschaft und Statistik“ gewählt ist, springt in die Augen. Es betrug die Zahl der Aktiengesellschaften

am 30. Sept. 1909	5222	Gesellschaften mit einem Kapital von 14,7 Mrd. M.
„ 31. Dez. 1919	5710	„ „ „ „ „ 21 „ „
„ 31. „ 1925	14978	dar. 13010 Gef. „ „ „ „ 19,1 „ RM.

Im ganzen ist das eine außergewöhnliche Zunahme. Für die einzelnen Wirtschaftsgruppen liegen folgende Zahlen vor:

Warengruppen	Ges. m. Kapital auf Rm. lautend	Gesellschaft. m. Kapital auf Reichsmark lautend		Zahl der Gesellschaften mit einem Nominalkapital von								
		Zahl	Nominalkapital		bis 1 Mill. Reichsmark	über 1 bis 5	über 5 bis 10	üb. 10 bis 20	üb. 20 bis 50	üb. 50 bis 100	üb. 100 Mill.	
			Zahl	Stamm-								Vorz.-
				aktien								aktien
Zahl	Reichsmark 1000											
Steinkohlenbergbau	9	24	453713	13779	3	8	4	3	1	4	1	
Braunkohlenbergbau	8	67	363059	24036	33	15	8	5	5	1	—	
Kalibergbau	—	21	485648	13188	1	7	4	7	1	—	1	
Bergbau und Eisenindustrie	2	30	1295174	14377	6	3	2	4	6	6	3	
„ „ Chemische Industrie	3	28	435108	9572	11	9	1	1	3	2	1	
Industrie der Steine und Erden	87	662	635391	7142	512	131	12	5	2	—	—	
Eisen- und Metallgewinnung	11	175	437940	22875	107	43	13	8	3	1	—	
Eisen-, Stahl- und Metallwaren	53	447	325500	3293	368	68	8	2	1	—	—	
Masch.-u. Appar.-Bau (auch Eisenb.)	97	854	1223214	17155	593	216	29	9	7	—	—	
Fahrzeugbau	36	182	355862	19501	120	46	10	3	2	1	—	
Schiffbau	3	41	103140	7525	23	10	5	3	—	—	—	
Elektrotechnische Industrie	74	267	597775	72844	216	31	13	1	2	3	1	
Feinmechanik und Optik	14	117	104648	1667	95	17	4	1	—	—	—	
Chemische Großindustrie	5	40	177749	1242	24	10	2	1	2	1	—	
Destill. v. Steinkohlenteer, Braun-												
kohlenteer, Holz-, Torf- u. Min.öl	16	60	63030	188	50	6	2	2	—	—	—	
Farben	11	86	700624	5758	72	11	1	1	—	—	1	
Textilien: Wolle	2	108	195955	5611	63	39	3	2	1	—	—	
„ : Baumwolle	4	182	288723	3805	99	74	8	1	—	—	—	
Papier, Zellstoff und Zellulose	19	222	242534	7215	155	51	4	1	1	—	—	
Leder und Linoleum	9	153	163437	3936	117	30	3	3	—	—	—	
Kautschuk und Asbest	5	51	109967	967	29	18	3	—	1	—	—	
Holz- und Schnitzstoffgewerbe	79	480	185665	5266	444	32	4	—	—	—	—	
Musikinstrum. und Spielwarenind.	19	82	48651	547	74	5	3	—	—	—	—	
Mühlen	12	137	129078	1623	99	36	2	—	—	—	—	
Konserven	4	65	31356	258	58	6	1	—	—	—	—	
Zuckerfabriken	4	135	203444	1490	93	34	6	2	—	—	—	
Brauereien und Mälzereien	13	382	530905	10550	258	103	14	6	1	—	—	
Tabak	19	111	62992	4613	90	20	1	—	—	—	—	
Bekleidungs-gewerbe	34	348	170612	4194	312	30	5	1	—	—	—	
Baugewerbe	33	216	172494	2284	186	27	1	2	—	—	—	
Gas	3	60	233540	240	49	5	2	2	—	2	—	
Elektr.-B. u. die verbund. Betriebe	11	209	1288524	14284	91	55	31	18	10	3	1	
Warenhandel	350	1263	402989	5120	1206	49	4	1	3	—	—	
Darunt. Buchhand. u. Verlagsgew.	19	62	12728	81	60	2	—	—	—	—	—	
Banken und sonstiger Geldhandel	146	750	1539721	22695	607	38	25	11	14	3	2	
Darunter Hypothekendarb.	—	37	177935	1565	6	18	10	1	2	—	—	
Grundstücksgesellschaften	195	1075	284778	3805	1011	58	5	1	—	—	—	
Versicherungswesen	65	377	562163	4247	238	122	12	3	2	—	—	
See- und Küstenschiffe	8	78	239558	9076	54	15	2	4	2	1	—	
Binnenschiffahrt	3	61	78832	918	40	16	5	—	—	—	—	
Bahnen	7	264	868079	46990	116	109	25	8	4	1	1	
Luftverkehr	—	18	9303	26	15	3	—	—	—	—	—	

Zusammen | 1968 | 13010 | 18,67 Mrd. | 447305 | 10307 | 2093 | 329 | 148 | 87 | 32 | 14

Aus dieser äußerst aufschlußreichen Statistik ist einmal für jeden Wirtschaftszweig die Zahl der Aktiengesellschaften zu ersehen, deren Kapital auf Papiermark und auf Goldmark lautet (die Papiermarkaktiengesellschaften

sind faktisch nahezu bedeutungslos), ferner die Höhe des Aktienkapitals in Stamm- und Vorzugsaktien gegliedert und schließlich ist für jeden Wirtschaftszweig die ungefähre Kapitaldichtigkeit erkenntlich.

Von besonderem Interesse ist die Frage, inwieweit die „Reinigungsstufe“, deren Ende noch nicht abzusehen ist, nicht nur auf die Verminderung der Zahl der Aktiengesellschaften, sondern der Zahl der gesamten Unternehmungen überhaupt gewirkt hat. Die Konkursstatistik gibt auf diese Frage keine befriedigende Antwort. Wir lassen deshalb über die Gründungen und Auflösungen in der Zeit von Januar 1924 bis April 1926 eine vollständige Übersicht folgen, die den Auflösungsüberschuß klar zum Ausdruck bringt:

	Gründungen			Auflösungen	
	in Proz.	zusammen	in Proz.	davon durch Konkurs	
Akt.-Ges.	2,75	4262	3,97	1140	
G. m. b. H.	22,13	30059	28,02	2862	
Offene H.-G. 18924	23,03	20093	18,73	1520	
R.-Ges.	8,23	2259	2,11	308	
Einzelirma. 40145	48,86	50605	47,17	8036	
Zusammen	82163	107278	100,00	13866	

Diese Übersicht, die sich über 28 Monate erstreckt, ergibt, daß in dieser Zeit rund 25 000 Unternehmungen der Auflösung verfallen sind. Rein äußerlich eine stattliche Zahl, deren wirkliche Bedeutung indes bei näherem Zusehen beträchtlich vermindert wird. Einmal ist als Ausgangspunkt der Betrachtung der Höchststand der Inflation gewählt, zum andern wird die große Masse der aufgelösten Unternehmen von den Zwergunternehmen gestellt. Die wirklich großen und maßgebenden Unternehmungen, die Aktiengesellschaften, die in der Statistik des Reichsstatistischen Amtes bis Dezember 1925 bereits voll erfaßt sind, spielen zahlenmäßig eine untergeordnete Rolle. In der Zeit vom 1. Januar bis zum 15. Juni 1926 wurden 102 Aktiengesellschaften neu gegründet und 952 aufgelöst; der Auflösungsüberschuß in diesen fast 6 Monaten beträgt also genau 850. Eine Zahl, die sich hören läßt, eine Zahl aber auch, die zeigt, daß man die Wirkung der „Reinigungsstufe“ nicht überschätzen darf. Auch jetzt noch haben wir fast das dreifache an Aktiengesellschaften mehr als 1913. Und das ist ausschlaggebend.

E. Außenhandel im Mai

Die Ziffern des deutschen Außenhandels im Mai bestätigen die der Handelsbilanz zugrunde liegende Krisentendenz: Die „Aktivität“ nimmt, da die Lagerräumung weiter fortgeschritten ist, ab, macht aber der Passivität noch nicht Platz, da der Rohstoffbezug zunächst noch zurückgehalten wird. Gegenwärtig nähern wir uns bereits dem „Gleichgewicht“: Einfuhr 703, Ausfuhr 730, Überschuß 27 Millionen, während der Überschuß im April noch 56 und im März gar 278 Millionen betrug. Es gehört nicht viel Prophetengabe dazu, vorauszusagen, daß, wenn die ansteigende Konjunktur wieder erhöhten Rohstoffbezug bedingt und die Warenvorräte abgegeben sind, die deutsche Handelsbilanz wieder mehr oder weniger passiv sein wird.

Kapital und Arbeit

Herm. Fleißner, M. d. R.

Man sagt besser: Kapital gegen Arbeit! Ein Widerspruch, da das Kapital die Arbeit doch braucht, letztere geradezu die Voraussetzung des ersteren ist? Keineswegs! Es kommt darauf an, unter welchen Voraussetzungen und Bedingungen das Kapital die Arbeit, das heißt die Arbeiter als lebendige Menschen sich dienstbar zu machen sucht.

Die Zeit einer starken, langandauernden Wirtschaftskrise bietet eindringlichen Anschauungsunterricht für alle, die nicht blind durch die Welt gehen! Die Inflation hat die deutsche Wirtschaft in eine äußerst bedenkliche Lage gebracht, während viele einzelne, die den Fall auszunützen verstanden, ihr Schäfchen ins Trockene brachten. Die Arbeiter haben keinen Nutzen, sondern unendlichen materiellen Schaden gehabt. Der Lohn war in jener Zeit am Fälligkeitstage bereits wieder um ein Vielfaches entwertet. Die sogenannten „kleinen Leute“ des Bürgertums und mit ihnen viele Arbeiter verloren ihre Ersparnisse, die sie sich für das Alter und für schlimme Zufälle des Lebens jahrzehntelang am Kunde abgedarbt.

Die Massen des Volkes waren während der Inflation die Leidtragenden und sind es heute erneut. Die Inflation hatte die Betriebe, Unternehmungen aller Art „aufgebläht“. Doch bald kam der unvermeidliche Zusammenbruch. Die Produktionsbetriebe müssen zweifellos wieder normaleren Verhältnissen angepaßt werden. Wie die Zurückführung in die gebotenen Grenzen jedoch geschieht, das ist das bezeichnende. Das alles soll geschehen auf Kosten der Arbeiter. Der Unternehmer nützt und mißbraucht, wie in der Inflation, so auch jetzt wieder die Gelegenheit zu einem Druck auf die Arbeiter, der in sehr vielen Fällen keinerlei sachliche Berechtigung hat. Die Gewerkschaften können darüber erzählen. Die Unternehmer wollen häufig die Betriebe nicht stilllegen oder abbauen, um Überflüssiges auszumerzen, sondern um mit der Drohung der Entlassung den Arbeitern die Löhne zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern oder sonst die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

Doch solche Tatsachen sind ja schon „alle Kamellen“ geworden. Interessant ist nur noch an diesen Vorgängen, daß das Unternehmertum an manchen Stellen gar kein Hehl aus diesen Bestrebungen macht. Handelskammerberichte und ähnliche geben sozusagen offizielle Auskunft über An- und Absichten des Unternehmertums gegen die Arbeiter. Ihre Theorie ist: Unter allen Umständen möglichst viel Profit! Die Last wirtschaftlicher Krise mögen die Arbeiter tragen. Ihr Lohn ist entsprechend zu kürzen, die Arbeitszeit zu verlängern, damit der Unternehmergewinn ungeschmälert bleibe. Daß solcher Raubbau an der Arbeitskraft früher oder später der kapitalistischen Gesellschaft selbst verhängnisvoll werden muß, kümmert die jetzige Generation der strupellosen Profitwirtschaft weiter nicht. Nach uns die Sintflut!

Jetzt liegt der Bericht der Diskontogesellschaft in Berlin, eines der größten Bankunternehmen, auf das Jahr 1925 vor. In diesem Schriftstück tritt der oben entwickelte Charakter der kapitalistischen Ausbeutung so dreist und unverhüllt, mit einer frechen Selbstverständlichkeit zutage, wie bisher selten.

Es wird ganz unverbliimt, ohne jede Anwandlung sozialer Bedenken gefordert, daß „die auf organisatorischem und technischem Wege angestrebte Verbesserung des wirtschaftlichen Leistungsgrades auf die Dauer auch ihre Ergänzung in einer **weiteren Erhöhung der Produktionsleistung je Kopf und Arbeitszeit** finden muß“. Alles wird von einer „erhöhten Leistung des einzelnen“ erwartet! Also mehr Arbeit ohne bessere Bezahlung! Der **Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit** kann unter Berücksichtigung der jetzigen Verhältnisse — große Arbeitslosigkeit, hohe Warenpreise — kaum schroffer, brutaler in Erscheinung treten. Ganz eindeutig und rücksichtslos zeigt das jedoch eine andere Stelle des Berichts, die wir wörtlich wiedergeben wollen. Sie lautet:

„Schließlich muß nunmehr auf allen Gebieten mit den Resten überkommener Zwangswirtschaft ausgeräumt werden. Dazu gehört, daß die staatlichen Eingriffe in das Tarifwesen aufhören, vielmehr die Höhe der Löhne und Gehälter sich nach wirtschaftlichen Grundsätzen regelt. Solange dem Unternehmer durch staatliche Sanktionen Lohnerhöhungen aufgezwungen (1) werden können, die doch keine Stärkung der Kaufkraft der Arbeitnehmerschaft bedeuten, kann er nicht zu der scharfen Kalkulation zurückkehren, die Voraussetzung jeder Preissetzung ist. Solange ferner die Wohnungszwangswirtschaft fortbesteht, kann die Bauindustrie, die eine Schlüsselindustrie für die ganze Wirtschaft ist, nicht zu einer wirklichen Neubelebung kommen. Auch die schematische Behandlung der Arbeitszeitfrage widerspricht aufs schärfste den Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung. Die **Überspannung der sozialen Fürsorge** verkehrt deren Segnungen in ihr Gegenteil, wenn unter ihren Lasten die Unternehmungen zusammenbrechen.“

Diese wenigen Sätze kennzeichnen die Bestrebungen des organisierten Unternehmertums mit programmartiger Schärfe. Sie werden auch denen Logik einbleuen, die glauben, nach dem Kriege seien die Unternehmer in ihren Zielen andere geworden, man könne und müsse scheidlich und friedlich mit ihnen auszukommen suchen.

Nicht die geringste Spur sozialer Einsicht spricht aus den skizzierten Anschauungen des Unternehmertums. Und hinter ihnen steht ein **fester Wille zur Tat** und — vor allen Dingen — die Großmacht des Kapitals. Nur mit einer durch **energisches Klassenbewußtsein** zusammengeschweißten Organisation wird sich die Arbeiterschaft diesem Gegner gewachsen zeigen.

Zur Illustration dieses Vorstoßes gegen die Arbeiterschaft sei berichtet, daß die Herren der Diskontogesellschaft **10 Millionen Gewinn**, das sind 10 Prozent der Anteile, unter sich verteilen dürfen. Die Ausbeutung der Arbeiter im verfloßenen Jahre hat sich also gelohnt. Außerdem erhält der Aufsichtsrat noch 486 000 Mk. für seine mühevollen Arbeit, über die in lakonischer Kürze mit ganzen 5½ Zeilen berichtet wird. Man kann demnach nicht sagen, daß es dem Unternehmen, in dessen Jahresbericht so gegen die Arbeiter scharf gemacht wird, schlecht ginge. Ganz im Gegenteil. Doch mit moralischer Entrüstung ist in dem Kampfe zwischen Kapital und Arbeit nicht viel anzufangen. Hier heißt es, die **Tatsachen erkennen** und dementsprechend zu handeln.

Die Ueberspannung der Kohlenförderung

Steiger H a l b f e l l (Buer)

Die Weltkohlenkrise ist eine direkte Kriegsfolge. Zur Durchführung des Krieges war es in allen Ländern notwendig, die Förderung zu steigern, oder in den Ländern, die keine genügende Kohlenförderung hatten, nach einem Ersatz für die nicht erhältliche Kohle zu suchen. Die Folge dieser Tatsachen war eine stark gesteigerte Fördermöglichkeit und damit eine Überlastung des Kohlenmarktes. Diese Tatsache hatte natürlich einen starken Preisdruck zur Folge, aus welchem die Unternehmer durch Reduzierung der Löhne, Verlängerung der Arbeitszeit und schließlich durch Stilllegung oder Einschränkung weniger guter Betriebe herauszukommen versuchen.

Es rächt sich somit, daß man der Entwicklung der Technik nicht gefolgt ist, die klar den Weg auf eine relative Verringerung des Kohlenverbrauchs eingeschlagen hat. Ohne Krieg wäre die Anpassung an die Fortschritte der Technik ohne große Schwierigkeiten erfolgt und die relative Verringerung des Kohlenverbrauchs hätte sich allmählich ausgewirkt. Unter der Einwirkung des Krieges jedoch vergrößerte sich nicht nur die Fördermöglichkeit des Kohlenbergbaus, sondern auch die Wasserkräfte wurden in immer steigendem Umfange ausgenutzt. Die Maßnahmen zur Ersparung von Kohle zeigten große Erfolge (nach einem Bericht des „Iron Age“ in Nordamerika jährlich 44 Millionen Tonnen Kohlenersparnis). Die Benutzung der Elektrizität für die Zwecke der Eisenindustrie nimmt immer größeren Umfang an und der schärfste und auf die Dauer auch erfolgreiche Konkurrent der Kohle, der flüssige Betriebsstoff, in Form von Erdöl und aus Kohle hergestelltem Öl, zeigt einen sprunghaft ansteigenden Verbrauch. So war denn die Menge der aus Kohle, Wasserkraft und Erdöl 1924 gewonnenen Energien rund doppelt so groß als die aus denselben Stoffen gewonnenen Energien im Jahre 1913.

Eine auf weite Sicht eingestellte geordnete Kohlenwirtschaft hätte diese Zeichen der Zeit erkennen müssen oder müßte sie zumindest heute, da sich die Krise auf alle großen Kohle erzeugenden Länder in größter Schärfe auswirkt, erkennen und die notwendigen Maßnahmen ergreifen. Die Maßnahmen, welche von der Kohlenwirtschaft ergriffen werden, sind in allen Ländern die gleichen, nämlich Betriebsstilllegungen und Betriebseinschränkungen in Verbindung mit scharfem Druck auf Lohn und Arbeitszeit. Es ist auch verständlich, daß der vom gleichen kapitalistischen Gewinnprinzip geleitete Bergbau aller Länder andere Wege nicht kennt.

Angeestellten- und Arbeiterchaft jedoch hat Stellung zu nehmen gegen die unsinnigen, die Wirtschaft schädigenden Vorgänge in der Kohlenindustrie. Es muß verlangt werden, daß die planlose Arbeit im Kohlenbergbau einer planmäßigen Arbeit weicht. Kein Bergwerk in Deutschland kann ohne Betriebsplan arbeiten, ja, ein solcher ist sogar behördlich vorgeschrieben. Was für die einzelne Grube gilt, gilt eigentümlicherweise nicht für die Gesamtheit des Bergbaus. Und doch werden wir zu einer planmäßigen Arbeit kommen müssen, welche die Absatzmöglichkeit berücksichtigt. Es bedeutet Verschwendung von Nationalvermögen und Verteuerung der Produktion, wenn man erst große Kapitalien in Bergwerke hineinsteckt und sie dann später, weil es an

Absatz mangelt, wieder schließt. Große Teile der durch solche Gruben aufgeschlossenen Lagerstätten sind für immer verloren. In Amerika, das uns, wie leider in letzter Zeit immer wieder bestätigt werden mußte, auf vielen Wegen voraus ist, scheint man auch dieses Problem bereits deutlich nicht nur für die Kohle, sondern für die gesamte Produktion erkannt zu haben. Der amerikanische Handelsminister Hoover hat jüngst erklärt, daß man mit allen Mitteln darauf hinstreben müsse, die Produktion für die Zukunft so einzustellen, daß sie dem Verbrauch angepaßt sei. Wir haben hier von hoher amtlicher Stelle eine Bestätigung für die Richtigkeit unseres Wirtschaftsprogramms, welches die Bedarfsdeckungswirtschaft vorsieht.

Wie sieht es nun damit in Deutschland aus? Der Kohleverbrauch betrug im Hochkonjunkturjahr 1913 in Deutschland 156 Millionen Tonnen Steinkohle (Braunkohle in Steinkohle umgerechnet). Auch in Deutschland hat die Ausnutzung der Wasserkräfte zugenommen. Es sei hier nur auf das Walchenseewerk hingewiesen. Große elektrische Überlandzentralen sind entstanden. Die Wärmewirtschaft zeigt ihre kohlesparenden Auswirkungen in allen Zweigen der Wirtschaft. Der Verbrauch an flüssigem Brennstoff ist in stetigem Ansteigen begriffen. Gätte man also zur gleichen Beschäftigung unserer Wirtschaft wie 1913 die gleichen Mengen Energien nötig, so wäre ein geringerer Verbrauch an Kohle erwiesen. Es kann aber damit gerechnet werden, daß die heute in Deutschland benötigten Energien etwas größer sind als 1913, da eine Reihe neuer Industrien entstanden sind. Die Möglichkeit, die Ausfuhr an Kohle weiter als 1913 auszudehnen, ist nicht gegeben. Die Ausfuhrziffer von 1913 ist in den Jahren nach dem Kriege auch unter Einberechnung der Reparationslieferungen nicht erreicht worden. Ob sie in diesem Jahre trotz äußerster Anstrengungen erreicht wird, ist sehr zweifelhaft. Die Kohleneinfuhr ist geringer geworden. So ist denn die Schlußfolgerung aus dieser Darstellung, daß bestimmt nicht mit einer Vergrößerung des Kohlenabfazes zu rechnen ist. Ja, unter Berücksichtigung des Fortschreitens der Technik und der großen Verarmung der Völker muß mit einer Verringerung des Verbrauchs auch für die Zukunft gerechnet werden. Damit soll nicht gesagt sein, daß nicht eine Hochkonjunktur das Bild für eine vorübergehende Zeit verändern kann.

Nun hat sich aber die Kapazität des Steinkohlenbergbaus gegenüber 1913 gewaltig geändert. Der Ruhrkohlenbergbau, dessen Fördermöglichkeit damals als vollausgenutzt angesehen werden kann, hat seine Werke weiter ausgebaut, so daß man jetzt mit einer Kapazität desselben von 150 Millionen Tonnen Jahresförderung rechnen kann. Er hat aber nach den Ergebnissen des letzten Jahres nur eine Absatzmöglichkeit von 100 Millionen Tonnen, so daß er mit einem Drittel Leerlauf arbeitet. Daß hierbei die Betriebskosten unnötig hoch sind, liegt auf der Hand. Was für den Ruhrkohlenbergbau gilt, gilt auch für den übrigen deutschen Steinkohlenbergbau. Die Gesamtkapazität des deutschen Steinkohlenbergbaus ist mit 200 Millionen Tonnen Jahresförderung nicht zu hoch geschätzt. Ein Drittel Leerlauf und Festlegung großer Kapitalien sind also die Folge dieser Ueberspannung der Kohlenförderung.

Im Braunkohlenbergbau liegen die Verhältnisse bei aller Verschiedenheit ähnlich. Die Grenze der Kapazität des Braunkohlenbergbaus ist wegen der völlig anders gearteten geologischen Verhältnisse viel weiter gesteckt als die

des Steinkohlenbergbaus. Die Fördermöglichkeit übersteigt auch hier weit die Absatzmöglichkeit.

Es ist nun die Frage aufzuwerfen, was zu tun ist, um diesem Übelstande abzuhelpen. Es gibt ein sehr einfaches Mittel, die Förderung zu verringern, das ist eine Verkürzung der Arbeitszeit. Diese wäre im Braunkohlenbergbau ohne Zweifel auch wirtschaftlich zu ertragen, und auch im Steinkohlenbergbau müssen sich auf die Dauer Mittel und Wege dazu finden. Es ist jedoch zurzeit nicht anwendbar, weil die Unternehmer sich eine Verkürzung der Arbeitszeit nur nach hartem Kampfe abtrotzen lassen würden.

Es bleibt denn nur noch eine vorbeugende Maßnahme übrig und das ist die Vorsorge dafür, daß die dauernde Vergrößerung der Fördermöglichkeit der Kohlengruben aufhört. Es muß verlangt werden, daß die Reichsregierung Maßnahmen ergreift, wodurch eine weitere Vergrößerung der Kapazität des deutschen Kohlenbergbaus verhindert wird, wenn wir nicht im Kohlenbergbau zu Zuständen kommen wollen, welche die üblen Zustände, die seinerzeit im Kalibergbau herrschten, noch übertreffen.



Die deutsche Spielwarenindustrie

Karl Maier (Stuttgart)

Der Mittelpunkt für die Blech- und Metallspielwarenindustrie ist im Nürnberg-Fürther Bezirk. Seine Erzeugnisse auf dem Gebiete der mechanischen, elektrischen und optischen Spielwarenindustrie genießen Weltruf. Dabei ist insbesondere an die bis ins einzelne durchgearbeiteten Eisenbahnen, Automobile, Schiffe, Tierfiguren u. a. m. gedacht, an die Laterna magica, die Kinderkinos und Kindergrammophone, die Sommerspielwaren, die Trompeten und dergleichen. Weltberühmt sind auch die Betriebe in Württemberg, die Eisenbahnen mit Uhrwerk-, Dampf- und elektrischem Antrieb, Dampfmaschinen, Elektromotoren, Metallbaukasten usw. herstellen.

Für Holzspielwaren ist der Oberrhein (erzgebirgische) Bezirk dominierend. Von dort gehen die Puppenmöbel, -Küchen, -Zimmer, -Häuser, die geschnitzten Tierfiguren, Holzbaukasten usw. in die weite Welt.

Der Thüringer Bezirk (Sonneberg und Waltershausen) bildet die Zentrale für Puppen- und Christbaum schmuck, Kindertaschenuhren, -Pfeifen, -Musikinstrumente.

Außer in diesen vier wichtigsten Gebieten wird Spielzeug in Brandenburg-Berlin, in Dresden, in Schlesien, in Hannover, im Harz, in Baden und in anderen Landesgebieten hergestellt.

Nach der letzten Zählung (vom Jahre 1921) waren mit der Herstellung von Metallspielwaren (einschließlich Apparate und Maschinen) 11 700 Personen beschäftigt, 5400 männliche, 6300 weibliche, davon entfielen rund 8800, das sind 75 vH, auf den Fürth-Nürnberger Bezirk. Seitdem hat die Zahl der Beschäftigten ganz erheblich abgenommen. Genaue Angaben über die derzeitige Arbeiterzahl liegen nicht vor. Vor dem Krieg war Deutschlands Stellung als Spielwarenfabrikant auf allen Auslandsmärkten unerschütterter. Die Beherrschung des ausländischen Marktes läßt sich an den Vereinigten Staaten erkennen, die im Fiskaljahr 1913/14 (1. Juli 1913 bis 30. Juni

1914) für mehr als 9 Millionen Dollar Spielwaren einführt, von denen für mehr als 7,7 Millionen Dollar aus Deutschland stammten. Deutschland lieferte somit 85 vH der gesamten amerikanischen Spielwareneinfuhr. Dieser Anteil entsprach 56 vH der gesamten amerikanischen Eigenproduktion.

Die amerikanische Spielwarenindustrie konnte weder im eigenen Land noch im Ausland gegen die Erzeugnisse Deutschlands aufkommen und das Gleiche galt für Japan, dem Hauptwettbewerber Deutschlands auf einer Reihe von Welthandelsplätzen.

Der Weltkrieg und die dadurch erfolgte Ausschaltung der deutschen Spielwarenausfuhr bewirkten eine völlige Veränderung dieser Verhältnisse. Japan eroberte mühelos viele ihm bis dahin verschlossene Absatzgebiete und die Vereinigten Staaten konnten ihre Spielzeugindustrie nach Belieben ausbauen. Frankreich und Italien schufen sich eigene Spielzeugindustrien. Wie groß die Verluste Deutschlands auf dem Weltmarkt sind, ergibt folgende Gegenüberstellung der Ausfuhrmengen nach den hauptsächlichsten Absatzländern:

Einfuhrland	Ausfuhr in dz		Zu- oder Abnahme 1925 gegenüber 1913
	1913	1925	
Großbritannien	148091	159302	+ 11211
Ver. Staaten von Amerika	195734	106660	- 89074
Niederlande	20878	29139	+ 8261
Australischer Bund	12301	11790	- 511
Argentinien	16536	11359	- 5177
Kanada	10347	10661	+ 314
Belgien	17254	9231	- 8023
Schweiz	11717	9063	- 2654
Dänemark	4952	8387	+ 3435
Britisch-Indien	9104	6071	- 3033
Italien	10186	4334	- 5852
Mexiko	5249	4279	- 970
Schweden	2964	4464	+ 1500
Britisch-Südafrika	3608	4003	+ 395
Brasilien	5830	3576	- 2254
Frankreich	28919	1889	- 27030

Der gesamte Export ist im Jahre 1925 gegenüber 1913 um rund 135 000 Doppelzentner, das sind 24 vH, zurückgegangen.

Nach England, den Niederlanden, Kanada, Dänemark, Schweden und Britisch-Südafrika konnte die deutsche Spielzeugindustrie ihre Ausfuhr erhöhen, für alle anderen Länder trat ein Rückgang ein. Am schärfsten ist der Ausfuhrverlust nach den Vereinigten Staaten in der Höhe von 89 000 Doppelzentner oder rund 45 vH. Dazu kommt der schwache Absatz auf dem heimischen Markt, die zurückgegangene Kaufkraft der Bevölkerung gestattet keine häufige Ergänzung oder Neuanschaffung von Spielzeug.

Die Spielwarenfabrikanten haben Unterstützung seitens des Staates durch Gewährung von Krediten gegen mäßige Zinsen, Ermäßigung der Steuern, Verbilligung der Eisenbahntarife u. a. m. gefordert. Auch nach Schutzzöllen wurde gerufen. Mit Krediten und Schutzzöllen ist der Spielzeugindustrie nicht geholfen. Die Industrie ist ausgesprochene Exportindustrie und wird es bleiben. 80 vH der Erzeugnisse gehen ins Ausland. Dieses Verhältnis wird sich nicht besonders verschieben, denn es ist nicht anzunehmen,

daß die deutschen Industriellen die Löhne erhöhen, um eine kaufkräftige Arbeiterschaft zu schaffen. Mit Schutzzöllen für eine Exportindustrie wird man aber „den Gaul beim Schwanz aufzäumen“. Die deutsche Spielzeugindustrie kann sich nur durch **verbollkommnete Erzeugnisse** auf dem Weltmarkt behaupten und durch Lieferung zu Preisen, die den Wettbewerb des Auslandes ausschalten. Das ist möglich, ohne daß an den — an sich kärglichen — Löhnen weitere Abzüge erfolgen. Je rascher die Spielzeugindustrie sich umstellt, desto vorteilhafter wird dies sein, denn die entscheidenden Kämpfe auf dem Weltmarkt stehen der Spielzeugindustrie noch bevor. Die Konkurrenzbetriebe in Italien und in Frankreich finden bis jetzt immer noch auf ihren heimischen Märkten Absatz, sie treten jedoch neben Japan und den Vereinigten Staaten mehr und mehr als Wettbewerber der deutschen Spielzeugindustrie auf dem Weltmarkt auf und Deutschland muß gegen alle diese Länder einen heißen Kampf aufsetzen, der darüber entscheiden wird, ob sich die deutsche Spielzeugindustrie auf dem Weltmarkt behaupten und die gleichen Industrien der anderen Länder in deren Grenzen halten kann.

Die amerikanischen Spielzeugexporteure strengen sich ganz stark an, um die während dem Krieg und der Nachkriegszeit — mühelos — eroberten Absatzgebiete festzuhalten und auszudehnen. Klar und zielbewußt wird z. B. versucht, auf dem englischen Markt Boden zu gewinnen. Auch auf dem deutschen Markt sind amerikanische Metallspielwaren erschienen, die den deutschen nicht nachstehen.

Die Spielzeugindustrie will durch Maßnahmen in den Handelsverträgen die früheren Exportmöglichkeiten wieder erreichen, sie verlangt eine Zentralisierung der gesamten Spielwarenfragen in den zuständigen Ministerien und weitgehende Zugestehung sachverständiger Personen aus den Kreisen der Industrie und des Handels für eine sachgemäße Bearbeitung und Vertretung der Spielwareninteressen. Die Spielzeugindustrie verlangt ferner eine Ermäßigung der auf Kinderspielzeug liegenden staatlichen und kommunalen Lasten u. a. m.

Wir vermessen in diesen Zeitsätzen, die kürzlich vom Reichsverband der deutschen Spielwarenindustrie aufgestellt wurden, ein wichtiges Erfordernis: **die Arbeiter der Spielzeugindustrie wollen und müssen gehört werden, wenn Fragen zur Erörterung kommen, die tief in ihre persönlichen Verhältnisse eingreifen.** Die Betriebsräte in den Spielzeugfabriken sollten keine Gelegenheit versäumen, um den Spielwarenfabrikanten diese Notwendigkeit vor Augen zu halten.

Die Betriebsräte-Zeitschrift für Funktionäre der Metallindustrie

erscheint alle vierzehn Tage in einem Umfange
von 32 Seiten. Für Betriebsratsmitglieder des
vielseitigen Inhalts wegen unentbehrlich. Sie

muß bezogen und gelesen werden!